Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 46. Sonnabend, den 23. Februar 1901. 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Spanisches.

Je mehr die Zentrumspartei im Reiche zur maßgebenden und ausschlaggebenden Partei wird, um so wichtiger ist, sich des Segens eines klerikalen Regimentes klar zu werden. In diesen Tagen hat das sich besonderen päpstlichen Wohlgefallens erfreuende belgische Ministerium, dessen Mitglieder regelmäßig zur Beichte gehen, in der Kammer die Erhaltung der belgischen Spielbanken, der einzigen Konkurrenten von Monaco, beantragt! Dieser, die ehrbaren Sittlichkeitsfanatiker charakterisirende Geniestreich ist in der Presse fast gar nicht kommentirt worden, obgleich er uns doch einen Ausblick in den schwarzen Zukunftsstaat gestattet. Zur Entschuldigung kann nur die Ueberfülle von Ereignissen im Auslande dienen, starb doch gleichzeitig der König aller Lumpen, die ständige Gefahr für Serbiens Ruhe, Milan Obrenowitsch; in Italien kam es zu einer Ministerkrisis, die den antiklerikalen, links liberalen Zanardelli, wenn auch kaum auf lange Zeit, ans Ruder brachte; die rumänische Ministerkrisis fand die unerwartete Lösung, daß das Kabinet Carp im Amte blieb, weil Niemand Angesichts der so arg zerrütteten Finanzen die Erbschaft übernehmen wollte. Alle diese Ereignisse wurden aber kaum nach Gebühr beachtet, weil das Interesse des Publikums und auch der berufsmäßigen Politiker auf Spanien konzentrirt war. Das so lange unter der Decke glimmende Feuer war in hellen Flammen emporgelodert!

Revolution in Madrid, in Saragossa, in Barcelona und zahlreichen anderen Städten. Das Volk rottet sich zusammen, es demonstrirt gegen die Mönche, gegen die Jesuiten, gegen die treuesten Diener des Jesuitenordens, die spanischen Minister, die klerikale Presse. Der Kriegszustand war proklamirt, zahlreiche Verhaftungen kamen vor, von Todten und Verwundeten wurde gemeldet. Einzelheiten lassen sich nicht in Erfahrung bringen, denn eine aufs Strengste gehandhabte Depeschenzensur und Unterbrechung des Postverkehrs raubten jede Möglichkeit der Information. Nach den neuesten Nachrichten scheint die Wittwe Alphonso XII., die Habsburgerin Maria Christine doch für den sehr wackeligen Thron ihres unmündigen Söhnleins gefürchtet zu haben, alle Verhafteten sollen freigelassen, das Ministerium zum Einreichen seines Rücktrittsgesuches veranlaßt sein.

Die Einzelheiten der letzten Vorgänge in den spanischen Städten sind nicht bekannt, wohl aber die tieferen Ursachen und die besonderen Anlässe für das Hervorbrechen der antiklerikalen Bewegung.

Kein Land kann man mehr als das Opfer der Pfaffenherrschaft bezeichnen als Spanien, das im Alterthume und im Mittelalter einer der beneidetsten und blühendsten Flecke Erde war. Zur Zeit der Herrschaft der Araber war Spanien das Land, in dem mehr als irgendwo sonst in Europa Landbau, Handel, Wissenschaft und Kunst blühten. Durch Vermittlung der Araber wurde mancher Schatz des spanischen Alterthums gerettet, die herrliche Alhambra ist heute noch ein Wahrzeichen unübertrefflicher Leistungen in der Architektur. Christen und Juden konnten frei ihre Religion unter maurischer Herrschaft ausüben. Die Verdrängung der Araber, die Vertreibung der Mauren und Juden, die gräßlichen Verfolgungen der Inquisition, die Uebermacht des Mönchthums brachten Spanien an den Rand des Abgrundes. Wohl fehlte es nicht auf lange Zeit hinaus an äußerem Glanz. Columbus und seine Nachfolger, die Cortez und Pizarro hatten Spanien eine neue Welt erobert, ein Riesenreich Südamerika, Zentralamerika, einen Theil Nordamerikas, die Niederlande, Theile Italiens, Oesterreich, zahlreiche andere Besitzungen hatten Karl V. und sein Bruder Ferdinand unter ihren Zeptern. Spanien war im Zeitalter der Reformation eine Weltmacht, mit der keine zweite Macht den Vergleich aushalten konnte. Während aber das spanische Reich, in welchem „die Sonne niemals unterging“, die Weltherrschaft an sich riß, wurde in Spanien selbst durch die Tyrannei und den Fanatismus Philipp II. der Keim zum Verfall des spanischen Reiches und der spanischen Macht gelegt, der unter seinen Nachfolgern immer unaufhaltsamer sich entwickelte. Der Inquisition bediente man sich nicht allein zur Ausrottung der Ketzerei, sondern auch zur Niederhaltung aller oppositionellen Elemente, zur Unterdrückung aller politischen und religiösen Freiheit, alles selbstständigen Geisteslebens, zur Sicherung des von der Kirche wieder beherrschten absoluten Königthums. Dabei war die Finanzwirthschaft sehr schlecht, die gewerbetüchtigen Abkömmlinge der Mauren, alle geistesfrischen Elemente wurden verbrannt auf den Scheiterhaufen der Inquisition oder vertrieben oder sie wanderten freiwillig aus. Die Wälder wurden vernichtet, mit dem Lande Raubbau betrieben, fruchtbare Landstriche in öde Wüsteneien verwandelt. Im 17. Jahrhundert sind überall nur Weiden, wo früher kleine Bauern lebten. Ein verschwenderischer Hof und zahllose Kriege zehrten am Marke des Landes. Immer mehr blieb Spanien hinter der aufblühenden Entwicklung von Frankreich, Holland und England zurück. Dabei besaß Spanien in der neuen Welt die reichsten Gold- und Silbergruben, aber das Geld wurde von der spanischen Weltpolitik und von dem Luxus der Reichen verschlungen. In ganz Europa standen spanische Heere, um die Mitte des 17. Jahrhunderts sollen die Kriege pro Jahr 13 300 000 Dukaten, also über ein Achtel Milliarde Mark verschlungen haben, wobei der damals bedeutend höhere Geldwerth gar nicht mitberücksichtigt worden ist. Das reiche Spanien mußte, um seine Heere Flotten, Diplomaten und Agenten im Auslande erhalten zu können, schwere Schuldenlasten aufnehmen und verzinsen. Der blühende Handel zerfiel durch eine engherzige Handelspolitik und in Folge des Mangels an Geld; ja Spanien, das Land, in das die Silberflotten aus Amerika kamen, wurde verrufen durch seine Münzverschlechterungen, die den Verkehr ganz unmöglich machten. Dabei wurden die Kolonien nur als milchende Kühe behandelt, wirthschaftlich bevormundet, ausgebeutet, von der übrigen Welt abgesperrt, geistig vernachlässigt, politisch versklavt. Ein Aufstand folgte dem anderen, bis sich in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts die Kolonien von Texas und Californien bis Patagonien vom spanischen Joche befreiten, bis auf einen kümmerlichen Rest gingen die anderen Kolonien im spanisch-amerikanischen Kriege verloren. Das spanische Kolonialreich, das erste der Welt, hat aufgehört zu bestehen; all' die reichen Besitzungen in Europa sind längst verloren, ja auf spanischem Boden hat England, Gibraltar, einen Pfahl im Fleische des spanischen Mutterlandes. So verhängnißvoll die äußere Politik des Landes war, so traurig die innere, der Landbau verkümmerte, die Industrieentwickelung wurde gehemmt, die Volksbildung ist blos in der Türkei und einigen Theilen Rußlands verwahrloster als in Spanien. Alles jammert und stöhnt unter dem Drucke der Klerisei, der Hof, Ministerium, Heer beherrscht; unter deren Herrschaft alles verkümmert, was zum Wiederaufleben des von der Natur so gesegneten Landes führen könnte.

Als ob die Herrschenden mit Blindheit geschlagen wären, so handeln sie auch in Spanien. Die Königin hat ihre älteste Tochter, die im Falle des Todes ihres kränklichen Sohnes ohne Hinterlassung von Leibeserben den ersten Anspruch auf den Thron hat, einem erzklerikalen Prinzen als Frau gegeben, einem Prinzen, dessen Vater der Generalstabschef Don Carlos' in seinem Aufstande gegen Alphonso XII. war. Dies hat die Bevölkerung auf's Höchste erbittert, der Steuerdruck hat die industriellen Bevölkerungskreise in die schärfste Opposition gegen die Regierung getrieben, die Uebergriffe der Geistlichkeit sind immer schamloser geworden.

All dieses vereinigte sich, um Spaniens städtische Bevölkerung zu Protesten, Steuerverweigerungen, Demonstrationen, Straßenaufständen zu veranlassen. Die Hochzeit der Prinzessin von Asturien mit dem Grafen von Caserta hat es zu offener Revolution kommen lassen. Was daraus folgen wird, weiß Niemand. Sicher ist leider, daß die bald ein halbes Jahrtausend währende Weltpolitik, Kolonialausbeutung, Verwahrlosung der Volkswirthschaft, Verdummung der Bevölkerung und die Priesterherrschaft das Land nicht eine rasche Wiedergeburt erleben lassen werden.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 21. Februar 1901.

Der Reichstag erledigte heute seine umfangreiche Tagesordnung in ziemlich kurzer Zeit. Der Postetat wurde verabschiedet und ebenso der Etat der Reichsdruckerei. Nur über die Unterbeamten der Post entspann sich eine längere Debatte, die sich auch auf die Verwendung von Frauen im Postdienst erstreckte. Hier trug der Antisemit Werner seine reaktionären Anschauungen vor und behauptete, daß die Frau in das Haus gehöre. Auch das Recht der Unterbeamten auf den Titel Herr wurde erörtert. Staatssekretär v. Podbielski bezeichnete es als eine Unverschämtheit, wenn junge, höhere Beamte im Dienst ergraute Postunterbeamte nur mit ihrem Namen anriefen.

Genosse Zubeil lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Postillone und erlangte die Zusicherung vom Staatssekretär, daß seine Beschwerden Berücksichtigung finden sollen. Auch die Wettermäntel sollen bewilligt werden. Genosse Frohme wies darauf hin, daß die Telegraphenarbeiter von der Post schlechter bezahlt würden als von der Privatindustrie. Sie müssen sich, wie Herr v. Podbielski zugab, in der That mit der Hoffnung trösten, daß sie als Unterbeamte einmal Verwendung finden werden.

Der Etat der Reichsdruckerei hielt nicht lange auf. Herr Dr. Arnedt von den Freikonservativen pflückte ein Hühnchen mit der Norddeutschen Verlagsanstalt, dem Hause, das die offiziöse „Nordd. Allg. Zeitung“ herausgiebt und der Bismarck auch den Druck des „Reichsanzeigers“ zugeschanzt hat. Am 1. April des nächsten Jahres läuft der Vertrag ab und Herr Arendt forderte, daß die Reichsdruckerei die Herstellung des „Reichsanzeigers“ übernehme. Herr v. Podbielski schien aber wenig Lust dazu zu spüren und erhielt Succurs durch Herrn Paasche, der über Schädigung der Privatindustrie durch die Reichsdruckerei klagte. Das Thema wird in der dritten Lesung des Etats noch weiter erörtert werden.

Die Petitionen, die noch auf der Tagesordnung standen, gaben zu keiner längeren Debatte Anlaß. Selbst die Rechte fand es zu langweilig bei einer Petition gegen die Konsumvereine ihre üblichen Angriffe auf die Arbeiterkonsumvereine zu wiederholen. Eine Petition über die sanitären Verhältnisse der Ströme gab unserem Genossen Stolle Gelegenheit, auf die Verunreinigung der Flußläufe durch die Abwässer der Industrie hinzuweisen. — Morgen und übermorgen fällt die Sitzung aus, um den Kommissionen Zeit zu lassen, ihre Arbeiten so zu fördern, daß weiterer Stoff für die Plenarsitzungen vorhanden ist.

Am Montag steht eine Abänderung der Strandungsordnung und Bericht der Wahlprüfungskommission auf der Tagesordnung.

---

54. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Podbielski.

Die zweite Berathung des Postetats wird beim Titel „Unterbeamte“ fortgesetzt.

Dr. Müller-Sagan (FVp.) wünscht für die seit dem 1. April 1895 angestellten Schaffner volle Anrechnung ihrer Postillonsdienstzeit. Es sollten im Postdienst nicht soviel Frauen angestellt werden. Unterstützungsgesuche von Beamten mit kinderreichen Familien sollte der Staatssekretär lieber berücksichtigen, statt ihnen den Rath zu geben, sich doch lieber zu menagiren und einzurichten. Für die Gewährung von Stellungszulagen müßten feste Grundsätze aufgestellt werden.

Werner (Ant.) bedauert gleichfalls, daß soviel Frauen im Postverkehr angestellt werden, fordert die Abschaffung des Gratifikationssystems, da es nur Unzufriedenheit unter den Beamten schaffe, und tritt für anständigere Behandlung der Unterbeamten namentlich durch die jüngeren Vorgesetzten ein.

Bassermann (NL.) ist der Ansicht, daß es sehr zu begrüßen ist, daß den Frauen im Postdienst ein neuer Beruf eröffnet ist und bittet den Staatssekretär, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten.

Müller-Sagan (FVp.): Ich habe nur sagen wollen, daß es angebracht wäre, wenn die jüngeren weiblichen Kräfte bei der Anstellung weniger berücksichtigt würden.

Staatssekretär v. Podbielski: Frauen sind lediglich an Stelle von Postassistenten und Telegraphenassistenten angenommen worden. Der Frage der Anrechnung des Postillonsdienstes werde ich näher treten. Wenn ein junger Beamter, der vielleicht erst einige Wochen in den Dienst hineingerochen hat, einen alten Postschaffner ganz familiär bei seinem Namen ruft, so halte ich das geradezu für eine Unverschämtheit und ich mißbillige das durchaus. Ein Unterbeamter soll angeredet werden mit seinem Titel „Postschaffner Meyer“ oder wenn man den Titel wegläßt „Herr Meyer.“ (Große Heiterkeit.)

Zubeil (SD.): Die Postillone haben einen sehr schweren Dienst und dabei geringe Entlohnung. Der Tagelohn beträgt nach 3 Jahren 2,50 Mark, nach 6 Jahren 2,75 Mark. Auch ist noch immer nicht dafür gesorgt, daß sie bei schlechter Witterung einen besonderen Wettermantel bekommen. Nach zehn Jahren haben diese Beamten zwar das Recht, als Beamte angestellt zu werden, aber nur ein kleiner Theil von ihnen wird nach Ablauf dieser zehn Jahre noch für gesund genug erklärt, in den Postdienst übernommen zu werden. Auch die Behandlung dieser Postillone läßt noch viel zu wünschen übrig, ganz besonders in der Posthalterei Köpenickerstraße.

Staatssekretär von Podbielski sagt Untersuchung der

Verhältnisse in der Posthalterei Köpenickerstraße zu. Ueber die Frage der Wettermäntel hoffe er im nächsten Jahre definitiven Bescheid geben zu können.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel 35, Löhne für Personen im Arbeitsverhältniß, bringt Abg. Frohme die Lohnverhältnisse der Telegraphenarbeiter zur Sprache.

Staatssekretär v. Podbielski giebt zu, daß die Bezahlung dieser Arbeiter keine sehr hohe sei, die Arbeiter würden aber entschädigt dadurch, daß sie Anspruch darauf hätten, später in den unteren Postdienst übernommen zu werden.

Hierauf wird der Titel bewilligt.

Beim Kapitel Telegraphenwesen verlangt

Dr. Müller-Sagan eine bessere Fernsprechverbindung zwischen Berlin und Königsberg und Abg. Staudy eine solche mit Posen.

Direktor Sydow: Ich hoffe, daß wir im nächsten Jahre den betreffenden Wünschen werden entsprechen können

Gerstenberger (Z.) wünscht direkte Telephonverbindung der kleinen Städte am Main mit Frankfurt a. M.

Staatssekretär v. Podbielski erklärt, daß die dort liegenden Linien z. Zt. zu sehr überlastet seien.

Der Titel wird bewilligt; ebenso die folgenden.

Beim Titel: „Gemiethete Räume" weist

Thiele (SD.) darauf hin, daß die gemietheten Räume, in denen die Bahnpost in Halle untergebracht sei, durchaus nicht genügten, namentlich seit dem Aufhören der Privatpost. Die Beamten, die dort beschäftigt würden, zögen sich infolge der Staubentwickelung in den Arbeitsräumen und der Anbringung von Arbeitsplätzen an zugigen Thüren ohne Ausnahme Rheumatismus und Lungenkrankheiten zu.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso debattelos der Rest der ordentlichen Ausgaben und des Extraordinariums.

Damit ist der Postetat in zweiter Lesung erledigt. Es folgt der Etat der Reichsdruckerei.

Dr. Arend (BP.) regt an, den „Reichsanzeiger" vom 1. April 1902 ab in der Reichsdruckerei herstellen zu lassen, da dann der Vertrag mit der Privatdruckerei, die den „Reichsanzeiger" jetzt herstellt, ablaufe.

Staatssekretär v. Podbielski: Es ist nicht meine Absicht, den Betrieb zu übernehmen, falls nicht der Reichskanzler eine direkte Anordnung erläßt. Die neue Einrichtung würde einige 100000 Mk. kosten. Außerdem ist der Gedanke nicht ganz von der Hand zu weisen, ob man hier nicht der Privatindustrie eine gewisse Konkurrenz bereite.

Paasche (NL.) bittet den Abg. Arendt, von seinen Anregungen Abstand zu nehmen. Schon jetzt werden Klagen laut, daß die Reichsdruckerei der Privatindustrie sehr scharfe Konkurrenz bereite.

Dr. Arendt (RP.): Von einer Konkurrenz mit der Privatindustrie kann man nicht sprechen. Es handelt sich doch nur um die Begünstigung einer einzelnen Druckerei. Die Herstellung des „Reichsanzeigers" in der Reichsdruckerei würde erheblich billiger sein als jetzt. Außerdem bietet die Reichsdruckerei viel bessere Garantien als eine Privatdruckerei für die Geheimhaltung amtlicher Mittheilungen, die nicht vor Erscheinen des Blattes bekannt werden sollen.

Dr. Müller-Sagan (FVp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Arendt an.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso der Rest des Etats ohne weitere Diskussion.

Es folgen Petitionen.

Bei verschiedenen Petitionen betr. Einschränkung der Konsumvereine und des Hausirhandels, Ergänzung des Nahrungsmittelgesetzes beschließt das Haus ohne Diskussion Uebergang zur Tagesordnung entsprechend den Kommissionsbeschlüssen.

Bei den Petitionen betr. die Prüfung der sanitären Verhältnisse der mehreren Staaten gemeinsamen Ströme beantragt die Kommission Ueberweisung zur Erwägung.

Stolle (SD): Es ist die höchste Zeit, daß in dieser Frage endlich etwas geschieht. Für die Gemeinden sind die Kosten der Flußregulierungen häufig viel zu groß. Hier muß der Staat eingreifen. (Bravo! bei den Soz.)

Das Haus beschließt gemäß dem Kommissionsantrag.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Ballestrem: Das Berathungsmaterial fängt an zu mangeln, andrerseits ist es sehr wünschenswerth, daß die Kommissionen einige freie Tage haben. Deshalb schlage ich Ihnen vor, morgen und übermorgen keine Plenarsitzungen abzuhalten und beraume die nächste Sitzung an auf Montag den 25. Februar 1 Uhr. (Erste und event. zweite Berathung einer Abänderung der Strafprozeßordnung. Berichte der Wahlprüfungskommission.)

Schluß 4¼ Uhr.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Im Kampf um die Getreidezölle greifen die Konservativen und Antisemiten gar schon zu den Mitteln, die im Septennatskampf vor 14 Jahren angewendet worden sind. Die anmaßende Behauptung Schweinburgs, ein „guter Patriot von monarchischer Gesinnung" könne nur beim Kampf um die Getreidezölle auf Seiten der Schutzzöllner stehen, ist noch übertrumpft worden von dem antisemitisch-bündlerischen Abg. Köhler in der zweiten hessischen Kammer, der seinen Antrag auf Einführung eines Minimalzolles von mindestens sieben Mark für die Hauptgetreidearten damit begründete, es handle sich um Stehen oder Fallen der Monarchie, um Frieden oder blutige Revolution.

Kommission zur Berathung der Seemanns-Ordnung. In der Donnerstag-Sitzung gelangte zunächst der § 98 zur Berathung, der den Schiffer verpflichtet, jede Verletzung der Dienstpflicht, wie solche im § 91 spezialisirt wird, ins Schiffstagebuch einzutragen, widrigenfalls eine Strafverfolgung ausgeschlossen ist. Die Sozialdemokraten hatten eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, um dem Schiffsmann das Beschwerderecht wegen erlittener Unbilden zu sichern und dem Kapitän die Pflicht aufzuerlegen, ihm unterbreitete Beschwerden der Schiffsleute einzutragen. Die Regierungsvertreter waren der Ansicht, daß die Sicherung des Beschwerderechts genügend in den §§ 91 und 93 gewahrt sei. Demgegenüber verwies Abg. Metzger (SD.) darauf, daß die genannten Paragraphen genau dem Wortlaut der §§ 84 und 85 der alten Seemanns-Ordnung entsprechen. Da nun aber die Kapitäne hierin ebenso wenig ein Beschwerderecht wie die Eintragungspflicht anerkannt und jeden Schiffsmann, der eine Eintragung in das Schiffsjournal beantragt, oft in sehr grober, ja brutaler Weise abgewiesen haben, so müsse der Kapitän durch den unzweideutigen Wortlaut einer direkt darauf bezüglichen Bestimmung dazu bei Strafe verpflichtet werden. Die Mehrheit der Kommission erkannte die Berechtigung der sozialdemokratischen Anträge an: Nur seien die Anträge insofern zu weit gehend, als jede Bagatelle eingetragen werden müßte. Nach lebhafter Debatte fand ein ganz selbstständiger Antrag unter § 93 a Aufnahmen, der besagt, daß Beschwerden der Schiffsleute über eine unangemessene Behandlung seitens eines Vorgesetzten u. s. w. Seeuntüchtigkeit des Schiffes, unzureichenden oder verdorbenen Proviant vom Schiffer einzutragen sind und dem Beschwerdeführer auf sein Verlangen eine Abschrift der Eintragung auszuhändigen ist. Man behielt sich jedoch vor, den Antrag bei der zweiten Lesung des Gesetzes an einer andern Stelle unterzubringen. Dadurch waren einige zu § 93 gestellte Anträge gegenstandslos geworden. Zum § 94, der bestimmt, daß ein Schiffsmann, welcher den wiederholten Befehlen des Schiffers, eines Schiffsoffiziers oder eines anderen Vorgesetzten den Gehorsam verweigert, mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft werden kann, war von den Sozialdemokraten der Zusatz beantragt, daß diese Strafandrohung nur dann Geltung haben solle, wenn durch die Verweigerung des Gehorsams Schiff und Ladung in Gefahr gesetzt ist. Desgleichen hatten die Sozialdemokraten beim § 95, der bei Gehorsamsverweigerung auf Verabredung von zwei oder mehr Schiffsleuten Gefängnißstrafe bis zu einem Jahr, für die „Rädelsführer" bis zu drei Jahren androht, den Antrag gestellt, den auf die Rädelsführer bezüglichen Passus zu streichen. Beide Anträge wurden jedoch trotz der warmen Vertheidigung des Abg. Dr. Herzfeld (SD.) ohne ein weiteres Wort stillschweigend abgelehnt. In der nächsten Sitzung werden dann auch wohl die Zuchthausparagraphen nach derselben Methode angenommen werden, wie sich jetzt schon mit ziemlicher Bestimmtheit voraussehen läßt.

Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Im Original liegt der „Fränk. Tagespost" ein neuer Hunnenbrief vor. Der Verfasser ist unweit Nürnberg beheimathet und galt in seiner Heimath als durchaus zuverlässiger, ruhiger und anständiger Mensch. Leider scheint die Hunnenfahrt sehr ungünstig auf seinen Charakter eingewirkt zu haben. In seinem vier Seiten langen Brief, der den Eindruck der Glaubwürdigkeit macht, finden sich folgende Sätze:

... Ich wurde abkommandirt zum Dschunken-Transport nach Pao-ting-fu . Am 3. Tage unserer Wasserfahrt hatten wir ein kleines Gefecht ... Auf dem Rückweg hatten wir mehr Gelegenheit, den Chinesen nahezukommen. Als wir durch Ciang-ping (? der Name ist sehr undeutlich geschrieben. Red.) fuhren, fielen einige Schüsse, es wurde aber Niemand getroffen. Da ging es mit Hurrah darauf los! Du kannst Dir denken, mit welcher Lust wir über die Chinesen herfielen. Alles wurde zusammengeschossen und gestochen; zum Schluß wurde das Gehöft angezündet ...

An einer anderen Stelle erzählt der Briefschreiber:

... Ein weiteres Gefecht hatten wir in Tha-ma-gwang (? Auch dieser Name ist schwer leserlich. Red.), wo wir vierzehn Verwundete hatten, von denen einer gestorben ist. Hier wurden viele Hunderte Chinesen hingerichtet, welche gefangen genommen waren ...

Diese letztere Mittheilung spricht sehr dafür, daß thatsächlich offiziell die Parole ausgegeben worden ist: Gefangene werden nicht gemacht! Pardon wird nicht gegeben!

Kleine politische Nachrichten. Wie die „Nat.-lib. Korr." meldet, ist man in Reichstagskreisen geneigt, anzunehmen, daß, wenn der Diätenantrag im Reichstag wiederum zur Annahme gelangt, der Bundesrath an seinem bisherigen Standpunkt nicht festhalten werde. Es fragt sich, was dem Bundesrath zu thun erlaubt sein wird. — Der Bundesrath gab in seiner Sitzung am Donnerstag seine Zustimmung zu den Ausschußberichten über die Vorlage, betr. die Befreiung polnischer Arbeiter von der Invalidenversicherung, über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Gesetzes über das Posttaxwesen im Gebiete des Deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871, sowie über die Vorlagen, betr. a) Antrag des Deutschen Vereins in Kairo auf Verleihung der Rechtsfähigkeit, b) Zusatzantrag zu dem Auslieferungsvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien vom 24. Dezember 1874. — Pensionirt wurden in der deutschen Armee vom 1. Januar bis 15. Februar 1901: 1 Generalmajor, 1 Oberst, 3 Oberstleutnants, 8 Majore, 14 Hauptleute, 5 Oberleutnants, 3 Leutnants. In Summa 35 Offiziere. Kosten pro Jahr 95000 Mk. Ohne Pension wurden ferner verabschiedet 1 preußischer Oberleutnant, 3 preußische und 3 sächsische Leutnants. Der Gesammtabgang an Offizieren beträgt somit in dem oben angegebenen Zeitraum 42, was, nebenbei bemerkt, verhältnißmäßig wenig ist. — Die Präservenfabrik Seidel u. Comp. in Münsterberg in Schlesien liefert an das englische Proviantamt in Woolwich 20000 Pfund Dörrgemüse in 2000 Blechdosen zu 10 Pfund. Verträgt sich das mit der „Neutralität"? Was sagt das Auswärtige Amt dazu? — Die Strafkammer in Posen verurtheilte Herrn v. Siemiontkowski, Redakteur der polnischen Wochenschrift „Praca", wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zusätzlich zu einer sechsmonatlichen Gefängnißstrafe. Das Vergehen wurde gefunden in einem Artikel über das Einschreiten der Polizei gegen den unerlaubten polnischen Privatunterricht, was als eine Schmach des Jahrhunderts bezeichnet war. — Aus Furcht vor Strafe hat sich in Pforzheim nach der „Frankf. Ztg." der Bursche eines Bezirksoffiziers erschossen. — Zum Gouverneur von Kiautschou ist nach der „Nordd. Allg. Ztg." der Kapitän z. S. Truppel nunmehr offiziell ernannt worden; der dritte Gouverneur in vier Jahren. — In Deutsch-Ostafrika sind zwei Askaris bei einer auf Befehl des Stationschefs von Kisaki vorgenommenen Zählung der Hütten zur Beitreibung der Hüttensteuer in einem Dorf von Südostmzaru getödtet worden sammt 15 schwarzen Trägern; nur ein Knabe entkam. Einer Strafexpedition gelang es nach der „Deutsch-Ostafr.-Ztg.", die Hauptschuldigen festzunehmen. — In den Nächten vom 10. auf den 11. und vom 11. auf den 12. Februar fanden in Wilna, Kowno, Grodno, Dwinsk, Gomel, Petersburg Verhaftungen statt. In Wilna sind ungefähr 30 Personen verhaftet, in Grodno 4, in Kowno 3, mehrere in Gomel. Die Polizei griff offenbar die Leute, die in irgendwelcher Beziehung zu der Buchdruckerei der sogenannten „Sozialdemokratischen Arbeiterbibliothek" standen, auf. Die Buchdruckerei in Wilna selbst und noch theilweise Proklamationen und Broschüren sind zur Beute der Polizei geworden. — Briefliche Berichte aus Helsingfors melden, daß eine große Bewegung durch den kaiserlichen Ukas vom 14. Februar hervorgerufen ist, wonach alle Gewehre der finnischen Armeereserve abgefordert werden, um in Petersburg deponirt zu werden. Alle älteren Gewehre der aktiven Armee werden auch nach Petersburg geschickt. — Aus Paris wird gemeldet: Die sozialistische Kammergruppe beschloß, die Deputirten Carnaud und Chauvière nach Chalons zu Saone zu entsenden, um eine Untersuchung über die letzten Vorkommnisse beim Streik anzustellen. Von dem Ergebniß der Untersuchung wird es abhängen, ob die sozialistische Gruppe über die Vorgänge in der Kammer interpelliren wird. — Bei einer Explosion in der Südbatterie von Gibraltar wurden vier Mann getödtet, darunter drei Spanier, und sieben Mann verwundet, sämmtlich englische, die Arbeiten leitende Ingenieure.

Oesterreich-Ungarn.

Im oesterreichischen Abgeordnetenhaus, das seit Mittwoch tagt, geht es wieder sehr lustig zu: es wird nach alter, lieber Gewohnheit gerauft. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Mittwoch Präsident Graf Vetter eine Erklärung bezüglich der Zensurirung der Interpellationen ab und sagte, er werde das ihm zustehende Zensurrecht in liberalster Weise ausüben und über die Verlesung etwa zensurirter Interpellationen in geheimer Sitzung einen Beschluß des Hauses einholen. Ellenbogen (Soz.) erklärte, der Präsident hätte durch diese Erklärung nicht neuen Zündstoff in das Haus werfen sollen und beantragte, über die Erklärung des Präsidenten die Debatte zu eröffnen. Als der Antrag mit 178 gegen 98 Stimmen abgelehnt wurde, entstand großer Lärm. Die Alldeutschen verlangten Schluß der Sitzung und riefen, solche Zustände seien eine Schande vor ganz Europa. Als Klofatsch eine Rede in tschechischer Sprache begann, kam es zu heftigen Auftritten. Klofatsch warf seine Geschäftsordnung auf den Präsidenten und wollte das Tintenfaß des Handelsministers gleichfalls als Wurfgeschoß verwenden, bekam aber dafür vom Rumänen Wassilko einen heftigen Stoß. Der Lärm legte sich erst nach längerer Zeit. Wolf erklärte, die Alldeutschen seien bereit gewesen, in die parlamentarische Arbeit einzutreten, doch sei eine Arbeitsfreudigkeit unmöglich, weil die Regierung den Tschechen entgegenkomme. Wolf beantragte Schluß der Sitzung. Der Antrag wurde abgelehnt. Abg. Placek wendete sich gegen die Erklärung des Präsidenten, daß er auf Anfrage des Abg. Brzorad betr. Zulassung nicht-deutscher Interpellationen erst am Schlusse der Sitzung antworten wolle und verlangte Eröffnung der Debatte und namentliche Abstimmung darüber. Der Präsident erklärte, er werde die Anfrage des Abg. Brzorad sofort beantworten, wodurch die namentliche Abstimmung gegenstandlos werde. Der Präsident erklärte ferner nach längeren Ausführungen, er werde die nicht-deutschen Interpellationen entgegennehmen, geschäftsordnungsmäßig behandeln, ins Deutsche übersetzen lassen, sie in der Sitzung verlesen und sie auf Wunsch der Interpellanten in das stenographische Protokoll einverleiben lassen. Diese Verfügung sei jedoch bloß provisorischer Natur, bis die definitive Regelung seitens der Parteien erfolgt sein werde. Die Erklärung rief demonstrativen Beifall hervor, dagegen seitens der Jungtschechen Lärm und heftige Protestrufe. Zahlreiche Jungtschechen drangen wiederholt gegen die Präsidententribüne vor und warfen Papierzettel gegen dieselbe. Unter großem Lärm wurde die Sitzung geschlossen. Am Donnerstag wiederholten sich die Tumulte. Die Tschechen obstruirten dadurch, daß sich allein 20 von ihnen zum Worte meldeten. Während in den ersten zwei Stunden 4 Tschechen sprachen, vertheilten andere auf den Bänken der Tschechen Plakate, in denen mit grellrothen riesigen Lettern der § 19 des Staatsgrundgesetzes über die Gleichberechtigung der Nationalitäten abgedruckt ist. Diese Plakate wurden von den Tschechen an die Wand des Sitzungssaales geklebt und auch auf die Ministerplätze gelegt. Der Versuch, auch die Präsidententribüne mit diesem Plakat zu bekleben, mißlang. Als Schönerer dem Jungtschechen Pacak zurief: „Sprechen Sie deutsch", antwortete dieser: „Ruhig, Sie Preuße, Sie Hochverräther, die Preußen haben 1866 auch tschechisch verstanden." Einige Zeit darauf lief Schönerer im Saale umher und rief „Hoch, hoch der Präsident," worauf der Jungtschecke Sileney, auf ihn weisend, äußerte: „Seht, der Markgraf von Brandenburg kommandirt." Nach sechsstündiger Dauer wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt. — Zu all dem Unheil droht nun auch noch das mühsam zusammengesuchte Präsidium auseinanderzufallen. Der zweite Präsident Zacek hat nämlich im Tschechenklub angekündigt, daß er mit Rücksicht auf die vom Präsidenten Vetter betreffend die Behandlung nichtdeutscher Interpellationen verkündete Entscheidung von seiner Stellung zurückzutreten beabsichtige. Der Klub beschloß jedoch einstimmig, die Demission Zacks nicht anzunehmen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. „Behüt' dich Gott, es wär' zu schön gewesen, behüt' dich Gott, es hat nicht sollen sein," — kann Kitchener singen, denn abermals ist ihm Dewet der Kühne durchs Garn gegangen. In London, wo man schon so fest auf die Gefangennahme des tapferen Burenhelden gerechnet hatte, herrscht darob natürlich schmerzliche Enttäuschung. „Daily Telegraph" hält das fortgesetzte Fehlen jeglicher amtlicher Nachrichten für ein sehr ungünstiges Zeichen. „Daily Mail" ist der Ansicht, daß die Meldung des General Knox, er stehe im Begriff, Dewet den Weg zu verlegen, ganz unwahrscheinlich sei, „da es das erste Mal wäre, wenn dieser General Wort hielte." Das ist bitterböser, aber berechtigter Galgenhumor. Wie weit man in London den Siegesjubel schon herabgestimmt hat, zeigt sich darin, daß man schon so weit geht, schwere Niederlagen als „kleineres Uebel" zu begrüßen. So wird depeschirt: „Das Gerücht, der englische General Smith Dorien sei von dem General Botha mit seiner ganzen Kolonne, bestehend aus 2000 Mann, gefangen genommen, wird amtlicherseits dahin berichtigt, daß Smith Dorien nur eine Niederlage erlitten hat, wobei 28 Mann getödtet wurden." Nur eine Niederlage, wie tröstlich! Das Kriegsamt theilt außerdem mit, daß 104 Mann, die in die Gefangenschaft der Buren gerathen waren, in das englische Lager des Generals French zurückgekehrt sind. Von der Gefangennahme war natürlich niemals etwas gemeldet worden.

Ein englischer Kavallerie-Offizier, der sowohl in Südafrika als in andren Ländern gekämpft hat, giebt in der Wochenschrift „Truth" folgendes Urtheil über die Kriegslage ab: „Man

wird häufig gefragt: Wann wird der Krieg zu Ende sein? Darauf kann ich leicht Antwort geben: Es ist überhaupt keine Aussicht vorhanden, den Krieg zu beenden. Leute, die das Gegentheil behaupten, wissen einfach nicht, wovon sie reden. Seit vorigem Juli gehen wir beständig zurück. Kein Wort in den Nachrichten unsrer Generale ist wahr. Wir können die Buren nicht aushungern, nicht einmal in sieben Jahren, und ergeben werden sie sich nimmer. Solche Aeußerungen sind sehr unpopulär, nicht wahr? Aber sie entsprechen der Wahrheit. Man nehme z. B. die Frage des Aushungerns: General French fängt 20 000 Schafe, Ochsen usw., und die Nachricht hiervon wird sofort nach London gekabelt. Aber General French weiß nicht, was er mit all dem Vieh anfangen soll; so läßt er das meiste wieder laufen. Nun kommt General Barton auf den Schauplatz und nimmt Besitz von 10 000 von den von French „entlassenen Gefangenen". Sofort wird wieder nach London telegraphiert. Und so geht es fort in's Unendliche. Wir haben lange nicht genug Truppen im Felde. Jeder kleine Ort entlang der Eisenbahn muß gehalten werden und befindet sich im Zustande der Belagerung; denn man kann keine drei Meilen im Umkreis hinausreiten, ohne daß einem die feindlichen Kugeln um die Ohren fliegen. So lange nicht 50000 Leute hierhergesandt werden, ist keine Aussicht vorhanden, entscheidende Schritte zu thun." — Dabei kommen schon jetzt bekanntlich 10 Engländer auf einen Buren!

China.

Vom Chinawirwarr. Die Liste der hinzurichtenden hohen chinesischen Würdenträger ist nach der „Köln. Ztg." erst am Mittwoch vom Kaiser von China genehmigt worden. Die formelle Zustimmung zu den Bestrafungen mit dem Versprechen baldiger Ausführung wird nunmehr täglich erwartet. Dem Berliner „Lokal-Anz." wird sogar gemeldet, daß die Hinrichtungen bereits in den nächsten Tagen stattfinden werden und zwar in Singanfu, wo Vertreter der Gesandten die Bestrafungen kontrollieren sollen. Das Uebereinkommen zur Bestrafung der Schuldigen ist, nach der „Morning Post", wie folgt festgesetzt: Prinz Tuan, Herzog Lan und General Tungfusiang werden zum Tode verurtheilt, dürfen dann aber zu lebenslänglicher Verbannung begnadigt werden. Prinz Tschwang ist zu erdrosseln, Yühsien zu enthaupten, Tschaoschutschiao und Yingnien dürfen sich selbst erdrosseln, Tschihsin und Lischanyu sind in Peking zu enthaupten. Damit sind die Verhandlungen über den ersten Punkt der Forderungen der Mächte erledigt. Die „Times" meint, daß nunmehr kein Grund für die Expedition Waldersee's nach Taiyüenfu vorliege

Zur Lage in der Mandschurei wird dem „Hamburger Corresp." unter dem 19. Februar aus Niutschwang neuerdings gemeldet: „Die Unsicherheit in der Mandschurei ist groß. Die Kaufhäuser der Chinesenstadt sind geschlossen, da die Russen der Räuberbanden, die auch die Fremden-Niederlassung bedrohen, nicht habhaft werden können. Eine Annexion der Mandschurei wird bis auf den Namen als vollständig betrachtet. Das russische Zivilgouvernement hat die Seezölle beschlagnahmt und eine Kopfsteuer eingeführt. Der Freihafen soll unangetastet bleiben. Der Handel wird ruinirt durch die unfähige Verwaltung und die undisziplinirten Soldaten. Am 10. Febr. attackirten räubernde Russen ein Hotel, am 11. Februar das englische Konsulat, dessen Wächter erschossen wurde. Deutschland ist konsularisch unzureichend vertreten. Japan ist über die Annexion erbittert und erhofft noch immer den Beistand Deutschlands und Englands laut dem getroffenen Abkommen, beabsichtigt aber scheinbar auch selbstständig vorzugehen. Hier ist die allgemeine Auffassung die, daß im Frühjahr erneute Unruhen stattfinden werden. Ein russisch-japanischer Krieg stehe im Bereich der Möglichkeit." — Das sind liebliche Aussichten!

Ein englischer Berichterstatter, George Lynch, der von China in Newyork eingetroffen ist, bestätigt, daß die Missionare sich eifrig an den Plünderungen betheiligt hätten. So habe der Geistliche Tewkesbury eine mehrere Tage dauernde Versteigerung aus einer Plünderung stammender Waaren abgehalten, und der amerikanische Missionar Anent habe ihm einmal gesagt, daß er im Begriffe sei, von dem Hause eines reichen Chinesen, der sein alter Feind sei und ihm oft Schwierigkeiten bereitet habe, Besitz zu ergreifen. Zwei Tage darauf habe Anent das auch gethan und dann das Eigenthum seines Feindes versteigert, und als die Gegenstände versteigert waren, hätten die chinesischen Christen, welche zu Anents Gemeinde gehören, benachbarte Häuser geplündert und die Sachen dem Missionar zur Verfügung gestellt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 22. Februar 1901.

Wo bleibt der Achtuhrladenschluß?

Wird das Schulgeld erhöht? In einem Dekret des Senates an den Bürgerausschuß heißt es, wie die „Eisenb.-Ztg." behauptet: „Im Hinblick auf die stetig zunehmenden Staatszuschüsse zur Schulververwaltung hat der Senat die Oberschulbehörde mit einer erneuten Prüfung der Frage beauftragt, ob eine Erhöhung der Schulgeldsätze thunlich und angezeigt sein werde, und behält sich in dieser Beziehung etwaige besondere Anträge vor." — Das fehlte gerade noch! 75 000 Mark für den Musikverein und Erhöhung des Schulgeldes! Wir sind neugierig, wie der Reim lauten wird.

Achtung Maurer! Zuzug ist fernzuhalten von Rendsburg.

Gegen den Brodwucher! Der hiesige Verein der freisinnigen Volkspartei legt folgenden Aufruf zur Unterschrift aus:

„Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Agitation, die auf eine Erhöhung der Getreidezölle und eine Erschwerung oder gar Beseitigung der Handelsverträge gerichtet ist, fordern wir alle diejenigen, die den Unterhalt des deutschen Volkes in seiner überwiegenden Mehrheit nicht künstlich vertheuern und einen friedlichen Handelsverkehr mit andern Nationen aufrecht erhalten wollen, auf, sich mit uns zu einem energischen Proteste gegen die Politik der Lebensmittelvertheuerung und des Zollkrieges zu vereinigen. Es gilt, durch eine starke, das ganze Volk umfassende Bewegung zu verhindern, daß Millionen deutsche Arbeiter, Handwerker, kleine Beamte, Kaufleute, Handlungsangestellte und Landwirthe in ihrer Lebenshaltung heruntergedrückt werden. Es gilt, eine Bereicherung einiger weniger Großgrundbesitzer und Großindustriellen auf Kosten des gesammten übrigen Volkes abzuwehren. Gerade jetzt, da die Vertheuerung einer großen Zahl nothwendiger, zum Theil unentbehrlicher Verbrauchsgegenstände den Haushalt des minderbegüterten Mannes ohnedies schwer bedrängt, da der Aufschwung in Handel und Industrie nachzulassen und zu schwinden beginnt und das Elend der Arbeitslosigkeit in immer größere Nähe rückt, gerade jetzt wagt man es, dem deutschen Volke eine Verkümmerung der Lebenshaltung zuzumuthen, die nach vorgenommener Berechnung sich auf etwa 50 Mk. jährlich für eine aus fünf Köpfen bestehende Familie bestimmt, und dem Handel und Gewerbe durch einen Zollkrieg die Lebensader zu unterbinden und Hunderttausende von Arbeitern der Gefahr der Arbeitslosigkeit auszuliefern. Diese Gefahr, daß Agrarier und Hochschutzzöllner ihre volksfeindlichen Bestrebungen durchsetzen, ist eine außerordentlich große. Nur ein Sturm der Entrüstung, der mit elementarer Gewalt aus dem Volke hervorbricht und bis zum Throne dringt, kann das Unheil noch abwenden. Darum darf in dieser Frage, die jeden berührt und die auf viele Jahre hinaus über die Zukunft Deutschlands entscheiden soll, Niemand unthätig bleiben. Wer sich der Bewegung nicht anschließt, wer nicht mindestens durch seine Unterschrift sich an der Abwehr der gefährlichen agrarischen Bestrebungen betheiligt, trägt die Mitschuld daran, daß Millionen deutscher Bürger die nothwendigsten Lebensmittel nicht mehr oder nur mit schweren Opfern zu beschaffen vermögen, indes einige wenige ihren Reichthum auf Kosten der Armuth vermehren. Darum, ihr Männer und Frauen, Ihr Handwerker, Arbeiter, Kaufleute und Landbewohner, Ihr Beamte, Ihr Alle, die Ihr ein Interesse daran habt, Euren Lebensunterhalt Euch nicht vertheuern zu lassen, unterzeichnet die Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle. Der Vorstand des Vereins der freisinnigen Volkspartei für Lübeck."

In der Versammlung des Handelsvertragsvereins wurde gestern nach einem Referate des Bankdirektors Stiller folgende Resolution angenommen:

1. Die Erfahrungen, die andere Staaten mit der Regelung ihrer handelspolitischen Beziehungen auf der Grundlage des Maximal- und Minimaltarifes gemacht haben, zeigen, wie sehr hierdurch die Abschließung von Handels- und Tarifverträgen erschwert und unmöglich gemacht wird. Die Versammlung spricht sich deshalb auf das Nachdrücklichste dagegen aus, daß die verbündeten Regierungen zu dem von verschiedenen Seiten empfohlenen Maximal- und Minimaltarife übergehen, der die deutschen Unterhändler bei dem Abschlusse neuer Verträge an feste Minimalsätze binden würde. 2. Die Versammlung tritt im Interesse des gesammten deutschen Wirthschaftslebens, damit in unserem handelspolitischen Verkehr mit dem Auslande Ruhe und Stetigkeit erhalten und hierdurch Handel und Industrie die unentbehrliche feste Berechnungsbasis für ihre Beziehungen zum Ausland gesichert bleibe, für den Abschluß langfristiger Handels- und Tarifverträge auf der Basis des bewährten Einheitstarifes ein. 3. Gleichzeitig aber betont die Versammlung die Forderung, daß in dem neuen Zolltarife keine Erhöhung des Zolls auf die für die Volksernährung wichtigsten Lebensmittel vorgesehen werde, weil diese allen Erwerbskreisen zum Schaden gereichen würde.

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Pflanzenvergiftung. Bekanntlich wurden jüngst von unseren Landwirthen Befürchtungen geäußert wegen der auf der Theerhofsinsel anzulegenden Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik resp. wegen der Rauchableitung derselben. Ueber dieses Thema ist auch im preußischen Landtage debattirt worden. Dort sagte der konservative Abgeordnete v. Mendel-Steinfels: „Die Industrie schädigt die Landwirthschaft nicht blos durch die Abwässer, sondern auch durch die Exhalation von Säuren, besonders schwefliger Säuren, und Ruß, Stickstoffsäuren, Chlorwasserstoffsäuren, Ammoniaksäuren usw. Besonders schädlich ist die schweflige Säure, die das Chlorophyll zerstört und die Respirationsorgane der Pflanze leistungsunfähig macht. Wie weit diese Schädigung geht, mögen Sie daraus ermessen, daß im Stolberger Bezirk täglich etwa 25 000 Kilo schwefliger Säure durch die dortigen 28 Fabriken aufs Land geworfen werden. Dadurch bekommen die Pflanzen dieser Gegend einen großen Gehalt von Schwefel und Schwefelsäure. In manchen Gegenden wird durch diese Exsudation, den Flugruß, den Rauch und die Asche die Vegetation fast ertödtet, ja Fabrikinspektoren haben schon auf die allmälige Vergiftung der Luft ganzer Gegenden aufmerksam gemacht. Mehrfach ist nachgewiesen, wie die Zuckerrüben dort einfach verschwinden, Roggen und Weizen verkümmern. Was der Boden endlich durch diese schädlichen Beimischungen leidet, ist ungeheuer. Nun sagt man, die Landleute könnten sich mit Hilfe der §§ 903 und 906 des Bürgerlichen Gesetzbuches und des § 78 des Berggesetzes Entschädigungen von den Fabriken erkämpfen. Ganz recht. Aber der Bauer setzt sein kleines Gütchen bei einem solchen Prozeß aufs Spiel, dagegen kämpft die Fabrik, die meistens von einer Aktiengesellschaft mit großen Mitteln geleitet wird, ihr „Recht" bis zum Letzten durch, ohne erheblich zu leiden." Der Minister Brefeld erklärte, wegen der Rauchbelästigung habe er eine Kommission eingesetzt, welche bereits mehrere Jahre thätig sei. Die Einwirkung der Exhalationen der Fabriken von schwefligen Säuren zu beseitigen, sei nicht leicht. „Wir haben sie zunächst dadurch für die Landwirthschaft möglichst unschädlich zu gestalten gesucht, daß wir bei der Konzessionirung dieser Anlagen eine eingehende Prüfung fordern, welche Einschränkungen nöthig sind, um die Landwirthschaft nicht zu schädigen. Auch hier muß die Prüfung lokal erfolgen, soll sie einen Nutzen versprechen. Ich bin aber gern bereit, über diese Frage mit Sachverständigen in weitere Erwägungen zu treten." — Wir haben s. Zt. betont, daß die Arbeiter absolut kein Interesse an der Errichtung einer solchen Fabrik am Orte haben. Wir bedauern die armen Menschen, die dort später mit ihrer Arbeitskraft auch ihre Gesundheit verkaufen. Wir wollen aber hoffen, daß man wenigstens auf die berechtigten Wünsche der Landwirthe in weitestem Maße eingeht!

Kokes-Krieg. Der hiesige Mitarbeiter des „Hbg. Corr." schreibt u. A.: „Ein Kampf um die Preise für Feuerungsmaterialien ist hier entbrannt. Während noch vor kurzer Zeit das Hektoliter Kokes mit 1 Mk. 70 Pf. bis 1 Mk. 90 Pf. bezahlt werden mußte, sind die Preise jetzt auf einmal in einer unglaublichen Weise geworfen worden. Schon vor etwa vierzehn Tagen ließ die hiesige Gasanstalt eine Ermäßigung eintreten, und dieser ist jetzt eine zweite gefolgt, die die Preise abermals um 20 Pf. pr. Hektoliter herabsetzt, sodaß wieder normale Verhältnisse eingetreten sind und das Hektoliter 1 Mark 20 Pf. kostet. Hamburger Kokes sind sogar für 1 Mk. 15 Pf. zu haben. Bei der noch immer anhaltenden ziemlich strengen Kälte und der dadurch hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit kann diese Ermäßigung der Kokespreise nur willkommen geheißen werden. Aber wodurch ist sie veranlaßt worden? Die liebe Konkurrenz hat dafür gesorgt, der hohe Preis hat die Kauflust zurückgehalten, überall hat man sich Sparsamkeit auferlegt und die Kokesläger der Gasanstalten sind dadurch größer geworden. Von auswärtigen Gasanstalten wurden zuerst billige Offerten gemacht; die Folge war, daß die anderen ein Gleiches thun mußten. Für unsere Feuerungshändler liegt die Sache allerdings nicht so einfach. Die Gasanstalt vergiebt ihre Produktion an zwei hiesige Firmen; die Preise werden von der Gasanstalt festgesetzt, und die abnehmenden Geschäfte erhalten ihre Provision. Aber all die anderen Händler sitzen auf dem Trocknen. Sie haben mit westfälischen Firmen Abschlüsse zu hohen Preisen für den ganzen Winter vereinbart und müssen die Waare auch zu diesen Preisen abnehmen. Wollen die Geschäfte die Preise auch erniedrigen, so setzen sie ihr baares Geld zu. Man ersieht daraus, daß die Preistreiberei in diesen Artikeln zu höchst ungesunden Verhältnissen geführt hat, die für manchen Geschäftsmann geeignet sind, ihn zu ruiniren."

Das Hamburger Arbeitersekretariat erhält einen dritten Beamten in der Person des Genossen B. Grosse, Tischler und Krankenkassenbeamter, unseren Lesern bekannt als Reichstagskandidat für den 3. mecklenburgischen Wahlkreis (Parchim-Ludwigslust). — Ferner hat das Gewerkschaftskartell beschlossen, 15 000 Mk. als Grundstock für das zu errichtende Gewerkschaftshaus zinstragend zu belegen.

Achtung, Bauarbeiter! Zuzug nach Kiel ist streng fernzuhalten!

Der Verein für Gesundheitspflege, welcher zur Zeit 1011 Mitglieder gegen 946 im Vorjahre zählt, hatte 1900 eine Gesammteinnahme von 3740,37 Mk., der eine Ausgabe von 3618,65 Mk. gegenübersteht.

Durch Feuer zerstört wurde gestern Nachmittag das auf dem dritten Fischerbuden belegene, im Volksmunde „ruge Hus" genannte Heim für Kinder, welche der Zwangserziehung überwiesen sind. Bei der Bauart des Hauses war an ein Retten natürlich nicht zu denken. Die Feuerwehr rückte vierspännig aus, ihre Arbeit war erst nach 9 Uhr beendet.

Ausstellung eines Zeugnisses über Führung und Leistungen verlangte der Schlosser B. von der bekannten Blechemballagenfabrik Ewers u. Co. in der Waisenhofstraße. Das Gewerbegericht verurtheilte die Firma antragsgemäß und setzte die von ihr zu zahlende Urtheilsgebühr auf 2 Mk. fest.

Eine Beaufsichtigung der Lehrer durch die Gensdarmen scheint im hannoverschen Kreise Bremervörde eingeführt zu sein. Wie von dort berichtet wird, sind die Gensdarmen angewiesen worden, in allen Ortschaften des Kreises nachzuforschen, ob die Lehrer auch das 200jährige Jubiläum des Königreichs Preußen in den Schulen ordnungsmäßig gefeiert haben. Dieses Vorgehen hat unter den Lehrern viel böses Blut gemacht. Alle fühlen sich tief verletzt und möchten gern erfahren, ob diese eigenartige Nachforschung auf „höheren Befehl" erfolgt ist.

Reichstags-Abgeordneter Dr. Semler, der nationalliberale Kautschukmann und agrarische Clown, hat sich von der Abstimmung über die Kornzoll-Interpellation in der Hamburger Bürgerschaft gedrückt, obwohl er Vertreter eines Landbezirkes ist. Ein braver Kerl!

Brückensperre. Zum Zwecke der Vornahme einer abschließenden Montagearbeit wird die Eisenbahnhubbrücke am Burgthor für den Eisenbahnverkehr vom Sonnabend, den 23. d. Mts., Morgens 6 Uhr, bis Montag, den 25. d. Mts., Abends 9 Uhr, gesperrt sein.

Aus der Theaterkanzlei wird uns gemeldet: Morgen, Sonnabend, beginnt der königl. sächsische Hofopernsänger Max Gießwein sein Gastspiel als Faust in „Margarethe." Am Sonntag gelangt die Neuheit „Der Ausflug in's Sittliche" zur Erstaufführung. Nachmittags geht bei kleinen Opernpreisen die Operette „Der Vogelhändler" in Szene. Montag setzt Max Gießwein sein Gastspiel fort, und zwar als Lyonel in der Oper „Martha", um es Donnerstag in „Bajazzo" und „Cavalleria rusticana" zu beenden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Wegen Beleidigung eines Regierungsbaumeisters wurde vom Schöffengerichte in Hamburg der Redakteur des „Weckruf der Eisenbahner", Genosse Schulze, zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Er ist das Opfer eines unzuverlässigen Berichterstatters geworden. Die Sache ist in diesem Falle noch ziemlich glimpflich abgegangen, es ist nichtsdestoweniger eine aufs schärfste zu verurtheilende Nichtswürdigkeit, wenn ein Redakteur auf diese Weise hineingelegt wird von denjenigen, deren Rechte er vertritt. — Der Arbeiter-Sängerbund in Rostock feierte am Montag sein fünfundzwanzigjähriges Stiftungsfest unter großartiger Betheiligung in der „Warnow-Halle". Die Festrede hielt der Mitgründer des Bundes, Genosse Martin Erdbeer. — Die Gemeindeverwaltung in Wilhelsburg lehnte wegen „mangelnden Bedürfnisses" die Errichtung eines Gewerbegerichts, welche vom Gewerkschaftskartell beantragt war, ab, obwohl dort über 2400 Arbeiter beschäftigt sind!

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Bleen gerieth der Bahnarbeiter Riecken beim Rangiren unter einen

Wagen, wobei ihm ein Fuß zermalmt wurde. — In Hoekeberg bei Flensburg wurde das Gewese des Hufners Thomsen das Opfer eines Brandstifters. — In Wismar gerieth in der Eisengießerei von Crull u. Co. der Arbeiter Schuldt mit der Kleidung in die Welle eines Schmirgelsteins und wurde von diesem am rechten Auge derart verletzt, daß dasselbe herausgenommen werden mußte. — Zur Abwehr der Rinderpest ordnete der Senat in Bremen besondere Vorsichtsmaßregeln für Schiffe an, die von chinesischen Häfen, wo die Rinderpest ausgebrochen ist, nach Bremen kommen. — Auf dem Hamburger Dampfer „Ventura", von Philadelphia nach San Francisco unterwegs, platzte das Dampfrohr. Vier Mann vom Maschinenpersonal sind durch Verbrühen getödtet. — Bürgermeister Dr. Lehmann in Hamburg ist gestern Vormittag 11¼ Uhr an Kehlkopfkrebs gestorben. Er war am 15. September v. Js. in den Ruhestand getreten, nachdem er seit dem 7. Juli 1879 das Amt eines Senators bekleidet. Dr. Lehmann ist 75 Jahre alt geworden.

Eutin. Ein Gedenktag war der Mittwoch für unsere Stadt. Am 20. Februar 1751 wurde der Dichter Johann Heinrich Voß, an den hier so Manches erinnert, zu Sommerstorf in Mecklenburg als Sohn eines früheren durch die Kriege verarmten Gutspächters und späteren Dorfschullehrers geboren. Zähe arbeitete er sich in angestrengtem Studium empor. Er begann als Rektor in Otterndorf (Hannover) und starb 1826 als Universitätsprofessor in Heidelberg. In Eutin hat er eine ganze Reihe von Jahren gewirkt, die ohne Frage zu den glücklichsten und fruchtbarsten seines Lebens gehören. In der Holsteinischen Schweiz spielt sein berühmtes Idyll „Luise", hier lernte er auch die Leute kennen, die er so getreu zu schildern weiß, wie den Kantor Tamm in dem herrlichen „siebzigsten Geburtstag". Auch seine Homer-Uebersetzung, welche wir neben den übrigen bei Reclam erschienenen Werken*) unseren Lesern, insbesondere den jüngeren, angelegentlichst empfehlen, hat ihm mit Recht wohlverdienten Ruf eingetragen. Auch verstand er es recht gut, ein gesundes Urtheil in einen knappen Vers zu bannen. Wer möchte nicht — frei nach Voß — z. B. beim Anblick all der Scheingrößen an unserem Litteraturhimmel ausrufen: „Ach, hätten wir statt ihrer Lessing, Nur ein Stück Gold für all das Messing!"? Uebrigens war Voß, wie die „Volksztg." treffend bemerkt, nicht nur Dichter und Gelehrter, sondern auch ein sehr streitbarer und erfolgreicher Publizist, der manchen literarischen Kampf mit aller Schärfe durchgeführt hat. Eine gewaltige Preßfehde entfachte er namentlich durch einen Aufsatz, in welchem er den Uebertritt des ehemaligen eifrigen orthodoxen Lutheraners Grafen Friedrich Leopold Stolberg zur katholischen Kirche kritisirte und dabei die heftigsten Angriffe gegen „Katholizismus, Pfaffenthum und Junkerthum" richtete, so daß eine sehr starke Bewegung gegen die Stützen von Thron und Altar entstand. Als Voß starb, verfolgte ihn daher der Haß des Ultramontanismus und des Adels bis über das Grab hinaus. Seinem Andenken hat das nicht geschadet. Im Gegentheil. Es hebt sich um so reiner ab gegen diesen dunklen Hintergrund.

*) Anm. d. Red.: Homer, Ilias 60 Pfg., desgl. Odyssee 60 Pfg., Voß, Idyllen 20 Pfg., desgl. Luise 20 Pfg. Einzeln durch die Buchhandlung des „Lüb. Volksb." zu beziehen. Homer sollte in keiner Arbeitervereins-Bibliothek fehlen!

Briefkasten.

Zwei Streitende. Die Frage läßt sich so garnicht beantworten, weil weder der Bundesstaat genannt ist, in dem die Schuld gemacht ist, noch die Art der Forderung. Wenden Sie sich mit genauer Angabe an das Arbeiter-Sekretariat!

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 21. Februar.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1080 Stück, davon vom Norden —, von Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine feine 55—57 Mk., leichte 55—56 Mk., Sauen 48—53 Mk. und Ferkel 50—54 Mk. pr. 100 Pfd.

Oeffentl. Protest-Versammlung

am Sonnabend den 23. Februar 1901

Abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50—52.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle.

Referent: **Reichstags-Abgeordneter Th. Schwartz.**

Die Vertrauenspersonen.

Zu sofort **ein möbl. Zimmer** an 1 oder 2 junge Leute zu vermiethen
Wickedestraße 45, 1. Et.

Daselbst 4 flotte Damen-Moskenanzüge zu verm.

Gesucht zu sofort eine Morgenfrau.
Zu erfragen Dankwartsgrube 74.

Geübte Arbeiterinnen
sucht
J. F. Jäger, Fischstraße 31.

Zu verkaufen ein Haus mit zwei Wohnungen und Zubehör im Preise von 7000 bis 8000 Mark.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein fast neuer Jackett-Anzug
Umstände halber billig zu verkaufen
Dankwartsgrube 34, 1. Et.

Ein neuer Kinderwagen zu verkaufen
Dankwartsgrube 9.4.

Die am 19. Januar d. J. über Herrn Barbier Busbak gemachte Aeußerung nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns als unrichtig zurück.
J. H. C. Grube.

Gute Cigarren
100 Stück **2,90 Mk.**
Mittlere Johannisstrasse 17—19.

Miethe-Quittungs-Formulare
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Tägl. frisch. Kopffleisch
Jeden Sonnabend Abend 5 Uhr:
Heiße Knackwurst.
Ad. Schmidt,
Moislinger Allee 6b.

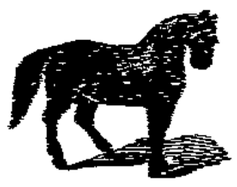
Ausnahmsweise fettes Rindfleisch
Pfd. 45 Pfg Bratenstücke 50 Pfg.
D. Kaben. Meridienstraße 67.

Cacao 60 Pf., Cacao 1,80–2,20 Mk.
empfiehlt
Alfred Beyer, Hüxstraße 52.

Täglich frische Trinkeier
aus unserm eigenen Stall
Th. Storm, Königstraße 98.

Grosser
Schuhwaaren-Ausverkauf
mit 10 pCt. Rabatt
bei der Inventur zurückgesetzte Waaren, weit unter Preis.
Schuhwaaren-Haus
Mühlenstraße 34. **Fr. Baurenfeind.** Ecke Kapitelstraße.

Empfehle:
Pa. fett. Fleisch, schöne Bratenstücke, täglich frisch. Gehacktes u. Scheibenbeefsteak, Rauchfleisch u. verschiedene Wurstsorten. Sonnabend von 5 Uhr an:
Warme Knackwurst.
Johs. Fischer
Engelswisch 52,
dicht bei der Drehbrücke.



Empfehlen:
Prima fettes Füllenfleisch.
Frau S. Becker u. Ernst Wulff
Dankwartsgr. 34.

Frisches Kopffleisch
und
Brodwurst
und **Bratenschmalz**
à Pfd. 40 Pfg.
empfiehlt **Aug. Scheere**
Thüringer Wurstfabrik.

Wieder da!
1 Posten der beliebten normalfarb.
Schlafdecken
à 1.60 Mk.
soeben eingetroffen.
Carl Karstadt
Holstenstraße 20. Mühlenstraße 29.

Pommersche Leberwurst, Mett- u. Cervelatwurst, Schweinsköpfe empfiehlt
Alfred Beyer, Hüxstraße 52.

Apfelsinen 3 Stück 10 Pfg.
Citronen
empfiehlt
Alfred Beyer, Hüxstraße 52.

Vorstädtische Bierhalle.

Wegen Renovirung bleiben die Restaurations-Räumlichkeiten vom Sonnabend den 23. d. M. an für einige Tage geschlossen.

Reines Schmalz Pfund 50 Pfg.
Margarine Pfund 50 und 60 Pfg.
bei 2 Pfund 5 Pfg. billiger.
Solo- und Vitello-Margarine Pfd. 70 Pfg.
Frische hiesige Flohmen Pfd. 65 Pfg.
Reines Flohmenschmalz Pfd. 70 Pfg.
Obere Wahmstraße 10. **Hans Wegener.**

Große Auswahl hiesiger ger. Mettwurst,
Pfd. 60, 70, 80, 90, 100 Pfg.
Prima Kohlwurst Pfd. 60 Pfg.
Gekochte Hamburger, Pfd. 70 Pfg.
Braunschweiger Pfd. 50 und 60 Pfg.
Leberwurst von 60 Pfg. an.
Obere Wahmstraße 10. **Hans Wegener.**

Eine Parthie alten echten Limburger Pfd. 40 Pfg.
Tilsiter Bruchkäse Pfd. 30 und 40 Pfg.
Alten Holsteiner Pfd. 25 Pfg.
Obere Wahmstraße 10 **Hans Wegener.**

Seefahrer-Krankenkasse

Ordentliche
General-Versammlung
am Sonntag den 24. Februar
Nachm. 3½ Uhr
bei Herrn **Jürss, Engelsgrube 59.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung. 2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Wir machen hiermit auf den § 2 und § 26 Absatz 4, besonders aufmerksam

Der Vorstand.

Sterbekasse „Die Vertrauliche" in Lübeck.

Für das Rechnungsjahr 1901 sind zu verwaltenden Vorstehern die Herren **J. W. H. Drath** und **P. J. D. Steen** gewählt worden. — Im Verhinderungsfalle tritt Herr **P. M. C. Schüder** als Ersatzmann für einen der Genannten ein.

Lübeck, den 20. Februar 1901.

Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Sonnabend den 23. Februar.
144 Vorst. 33. Vorst. außer Abonnement.
1. Gastspiel des Königl. sächs. Hofschauspielers Max Giesswein.
Margarethe (Faust).
Sonntag den 24. Februar.
Neuheit. Neuheit.
Der Ausflug in's Sittliche.
Nachmittags 4 Uhr.
Der Vogelhändler.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 46. Sonnabend, den 23. Februar 1901. 8. Jahrgang.

Zum Leipziger Buchdrucker-Streik.

(Fortsetzung).

Unter den Verbandsmitgliedern in Leipzig herrschte nach dem Austritt der 27 Setzer aus der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" und deren theilweisen Ersatz durch Mitglieder der Gewerkschaft natürlich höchste Erregung. Dieselbe fand ihren Ausdruck in einer Versammlung der Verbandssetzer, die am Montag, den 26. November — also zwei Tage nachdem in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" die Entscheidung gefallen war — im Krystallpalaste stattfand. Neben dem Referententen K. Engelbrecht war Vogenitz Hauptredner in dieser Versammlung, er meinte u. A.:

„Die Partei will den Skandal haben, gut, sie soll ihn haben. Das eine mögen sich aber die Herren merken: Sind bis jetzt die Splitter geflogen, nun, so sollen jetzt auch die Balken fliegen."

und an anderer Stelle:

„Es sei ein Skandal wie heute in der Partei gearbeitet werde; man treibe ein frevelhaftes Spiel nicht nur mit den Existenzen, sondern auch mit den Parteiinteressen."

(Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung beschloß schließlich den Antrag zu stellen, daß die drei im Geschäft der „Leipziger Volkszeitung" stehen gebliebenen Verbandsmitglieder, Heinisch, Hüttig und Schneider auszuschließen seien und nahm folgende Resolution an:

„Die am 26 November 1900 im Theatersaale des Krystallpalastes zu Leipzig tagende Verbandsmitglieder-Versammlung spricht nach eingehender Verhandlung des in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" ausgebrochenen Konfliktes den ausständigen Kollegen die vollste Sympathie aus und weist aus prinzipiellen Gründen mit Entschiedenheit die Zumuthung des Beauftragten der Leipziger sozialdemokratischen Partei zurück, daß in einer den Arbeitern gehörigen Druckerei die Annahme oder Entlassung der Gehilfen von deren Thätigkeit in der sozialdemokratischen Partei abhängig sein soll. Das Verlangen einer bestimmten parteipolitischen Thätigkeit ist unvereinbar mit der politischen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Arbeiters von dem Unternehmerthum. Die Geschäftsleitung der „Leipziger Volkszeitung hat sich ferner allen friedlichen Verständigungsversuchen unzugänglich erwiesen, so daß die Versammlung den Kampf gegen dieses Leipziger Arbeiterinstitut als eine gewerkschaftliche Pflicht für nothwendig hält und zwar um so mehr, als das Organ der Leipziger Arbeiter nunmehr von Streikbrechern hergestellt wird, die unter Verleugnen jedweden solidaren Gefühls ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind. Die Verbandsmitglieder Leipzigs werden unter diesen Umständen von dem Kampfe gegen die „Leipziger Volkszeitung" erst dann abstehen, wenn die Streikbrecher in dieser Druckerei durch organisirte Arbeiter ersetzt sind."

Inzwischen war der Vorgang auch in der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags zur Sprache gebracht worden und das Ergebniß dieser Besprechung war nachstehende, in der Nr. 280 vom 1. Dezember 1900 des „Vorwärts" veröffentlichte

„Erklärung

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich mit dem Konflikte beschäftigt, der zwischen der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung" und den Leipziger Parteigenossen einerseits, den ausständigen Setzern und dem Verbande der Buchdrucker andererseits entstanden ist.

Die sozialdemokratische Fraktion konstatirt, daß es sich in diesem Konflikt nicht um Meinungsverschiedenheiten wegen der Arbeitsbedingungen handelt, die allen Ansprüchen der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter entsprechen. Es handelt sich vielmehr nur darum, daß die Geschäftsleitung der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung" auf Beschluß der Leipziger Parteigenossen den Grundsatz aufstellte, daß bei Entlassung von Arbeitern die Frage maßgebend sein solle, ob die Betreffenden an der agitatorischen Thätigkeit für die sozialdemokratische Partei sich betheiligen oder nicht.

In Folge der Einführung von Stammsetzern war die Geschäftsleitung genöthigt, Arbeiter zu entlassen; nachdem bereits vor einiger Zeit zwei Mitglieder der Buchdruckergewerkschaft entlassen worden waren, wurde neuerdings auf Grund jenes gefaßten Beschlusses zwei Mitglieder des Buchdruckerverbandes gekündigt, die in Gemeinschaft mit ihren Verbandskollegen diese Gründe für ihre Kündigung nicht anerkannten, weshalb sämmtliche in der „Leipziger Volkszeitung" beschäftigten Mitglieder des Buchdruckerverbandes kündigten und die Arbeit niederlegten.

Die Fraktion ist von jeher, und zwar unter Zustimmung der ganzen Partei, dagegen aufgetreten, wenn die Leiter von Staats- oder Privatbetrieben Arbeiter entließen, weil diese einer ihnen mißliebigen Partei angehörten. Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Fraktion es auch nicht billigen, daß die Frage, ob ein Arbeiter eine gewünschte politische Thätigkeit ausübe oder nicht, bei der Kündigung oder Entlassung in Parteigeschäften entscheidend sei.

Die Fraktion spricht deshalb die Hoffnung aus, daß die Leipziger Parteigenossen Alles aufbieten werden, um den gemachten Mißgriff auszugleichen und die daraus entsprungenen Differenzen zu beseitigen, sie erwartet aber auch, daß der Buchdruckerverband eine Kampfweise einstellt, welche die herrschende Verbitterung nur verschärfen muß.

Die Fraktion erklärt sich bereit, die Vermittelung zwischen den Streitenden zu übernehmen.

Berlin, den 30 November 1900.

Im Auftrag der Fraktion:
Der Fraktions-Vorstand.
Auer. Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer."

Das in vorstehender Erklärung ausgesprochene Anerbieten, „die Vermittelung zwischen den Streitenden zu übernehmen", fand von allen Betheiligten sofort Zustimmung. Der Verbandsvorstand der Buchdrucker that dies in einem Schreiben vom Tage, an dem die Erklärung erschien und in dem gesagt wird:

„Die in heutiger Nummer des „Vorwärts" veröffentlichte Erklärung des Fraktions-Vorstandes haben wir mit voller Genugthuung begrüßt, giebt dieselbe doch den Beweis, daß man seitens der Parteileitung bemüht ist, auch den letzten maßgebenden Faktor noch sprechen zu lassen, um den unseligen Zwist aus der Welt zu schaffen."

Weiter wird in diesem Schreiben auf einen „Irrthum in der Erklärung" aufmerksam gemacht, indem es sich nicht um „eine Kampfesweise des Verbandes" handle, sondern „lediglich die Leipziger Ausständigen sich in der Abwehr gegen die „Volkszeitung" befinden."

Am 5. Dezember 1900, Mittags, trat in Leipzig die vom Fraktions-Vorstand in Anregung gebrachte Konferenz zusammen. Es waren anwesend Vertreter der Leipziger Genossen und der Druckerei der „Volkszeitung" sowie die Führer der Verbands- und Gewerkschaftssetzer; außerdem vom Verbandsvorstand Döblin und Eisler und vier Mitglieder des Fraktions-Vorstandes.

Nach stundenlangen Verhandlungen, während denen von Leipziger Genossen und den Vertretern der Gewerkschaft der Buchdrucker wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß der Organisationsstreit unter den Schriftsetzern der Urquell des ganzen Konfliktes sei, und daß, wenn in Zukunft Frieden herrschen soll, eine Verständigung zwischen Verband und Gewerkschaft herbeigeführt werden müsse, formulirte der Fraktions-Vorstand folgenden Vermittlungsvorschlag:

„In geschäftlichen Parteiunternehmungen sind in erster Linie Personen zu beschäftigen, die wegen ihrer sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Thätigkeit gemaßregelt sind. Wenn in Folge von Arbeitsmangel in solchen Unternehmungen Kündigungen eintreten müssen, so soll Personen nicht gekündigt werden, die in Folge oben bezeichneter Thätigkeit anderweit sehr schwer oder überhaupt keine Arbeit erhalten.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, empfiehlt der Fraktions-Vorstand den streitenden Parteien, folgender Auffassung beizutreten:

Die Kündigung der beiden Setzer in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" erfolgte nicht, weil die später eingestellten Personen als politisch oder gewerkschaftlich kompromittirt anderweit keine Arbeit fanden, sondern weil diese Setzer in nicht genügender Weise für die sozialdemokratische Partei agitatorisch thätig waren. Es ist daher erklärlich, daß die dem Buchdruckerverbande angehörigen Setzer in Folge jener Kündigung sich mit ihren Verbandskollegen solidarisch erklärten, wenngleich es nicht gebilligt werden kann, daß ohne Erschöpfung aller gegebenen Mittel die Niederlegung der Arbeit erfolgte.

Zur Beilegung der schwebenden Streitigkeiten ist sowohl den gekündigten Setzern als den später aus Anlaß dieser Kündigungen aus der Arbeit getretenen Personen der Wiedereintritt in ihre früheren Stellen innerhalb 14 Tagen offen zu halten. Soweit dieselben von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, bleiben die an ihre Stelle getretenen Mitglieder der Buchdruckergewerkschaft in Beschäftigung.

Die Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker, welche in die durch Arbeitsniederlegung freigewordenen Stellen eingetreten, sind nicht als Streikbrecher anzusehen, weil sie in Folge des eigenthümlich gelagerten Konfliktes in der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung" diese Stellen im guten Glauben angenommen haben.

Die gegenseitigen Angriffe, die während des Konfliktes gemacht worden sind, werden von beiden Theilen zurückgenommen und verpflichten sich beide Theile, von heute an die gegenseitige Bekämpfung einzustellen.

Die etwa aus dem Konflikte entstehenden pekuniären Opfer übernimmt jede der streitenden Parteien für ihre Angehörigen.

Leipzig, den 5. Dezember 1900.

Auer. Bebel. Pfannkuch. Singer.

Außerdem gab der Fraktions-Vorstand über das Verhalten Vogenitz's noch folgende Erklärung ab:

„Der Fraktions-Vorstand spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Genosse Vogenitz es unterlassen hat, den Auftrag, welchen ihm Genosse Auer Namens des Partei Vorstandes ertheilte, so rechtzeitig der Geschäftsleitung der Buchdruckerei der „Leipziger Volkszeitung" mittheilen, daß die vom Vorstand vorgeschlagenen Maßregeln ausgeführt werden konnten."

Ueber den Erfolg des Vorschlages des Fraktions-Vorstandes, der in der Konferenz nur die vorbehaltlose Zustimmung des Verbandsvorsitzenden Döblin fand, giebt der nachstehende Briefwechsel Auskunft:

Ueber die Stellungnahme der Leipziger Parteigenossen wurde der Vorstand des Vereins Leipziger Buchdruckergehülfen durch folgendes Schreiben vom 14. Dezember unterrichtet:

„Unserem am 5. Dezember gegebenen Versprechen gemäß theilen wir hierdurch mit, daß sich unsere hiesigen Parteigenossen in einem mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß nicht völlig auf den Boden des Vermittelungsvorschlages gestellt haben.

Dem Absatz 1 und 2 des Vorschlages schließen sie sich vollständig an, jedoch lehnen sie ab, den status quo ante herzustellen. — Soweit noch Stellen frei sind, sowie an die Stellen der auf Aushülfe arbeitenden Gewerkschaftsmitglieder soll den Verbandsmitgliedern der Wiedereintritt ins Geschäft freigestellt werden.

Wir bitten diese Mittheilung den Ausständigen zukommen zu lassen und sehen Rückäußerung entgegen.

Achtungsvoll

Buchdruckerei und Verlagsanstalt der „Leipziger Volkszeitung"
G. Heinisch."

Hierauf lief folgende Antwort ein:

„Leipzig den 16. Dezember 1900.

An die Buchdruckerei und Verlagsanstalt der „Leipz. Volksztg.",
z. H. des Herrn G. Heinisch.

Leipzig.

Den Empfang Ihres Schreibens vom 14. Dezember d. J. bestätigend, theilen wir Ihnen hierdurch mit, daß, nachdem Ihre Parteigenossen es abgelehnt haben, dem Vermittelungsvorschlag ihre Zustimmung zu ertheilen, wir in Uebereinstimmung mit den Ausständigen den anerkennenswerthen Einigungsversuch des Fraktions-Vorstandes durch die ablehnende Haltung Ihrer Auftraggeber als gescheitert betrachten.

Achtungsvoll

Der Vorstand des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer-Gehilfen. Karl Engelbrecht, 1 Vorsitzender."

Bemerkt mag hier sein, daß nach Schluß der Verhandlungen am 5. Dezember der Verbandsvorsitzende Döblin an die Genossen Singer und Auer herantrat und seine Bereitwilligkeit zu erkennen gab, bei seinen Kollegen dahin zu wirken, daß ein Theil der Ausständigen und davon besonders Diejenigen, die bereits wieder anderwärts in Stellung sich befinden, auf den Wiedereintritt in die „Volkszeitung" verzichten. Unsere Genossen machten davon Heinisch Mittheilung, der seinerseits die Zusage gab, von den Ausständigen so viel als irgend möglich wieder einzustellen.

Herr Karl Engelbrecht bezeichnete es später in einer Versammlung am 21. Dezember als eine Infamie, die

---

Frauenloos.

Roman von E. Vely.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Das stimmt!" wirft der alte Bessing ein. „Das stimmt ganz genau. Darüber haben die Leute ein Verwundern."

„Anton!" ruft Fine erschreckt und dann setzt sie mit der alten Sanftmuth hinzu: „du hast's doch gewußt, gewollt." —

„Ach was! schreib ihm lieber, daß er helfen soll, daß einem das Haus nicht überm Kopf verkauft wird."

„Das — könnte sein?" fragt Fine.

„Das wird sein, wird gar nit lang auf sich warten lassen! Drum — schreib ihm, daß er hilft! Bitt' schön, vielleicht thut er's!"

Die zarte Frau richtet sich gerade auf, alle Weiche ist aus ihren Zügen fort, ein Glimmen kommt in die Augen.

„Bitten — betteln — nein, das thu ich nicht! Denn ich weiß, der Vater kann es nicht!"

„Hast sein Geld gezählt?"

„Ich weiß, daß er's nicht kann. Ich bin nicht sein einziges Kind!"

„Aber das, das ihn braucht."

„Du bist mein Mann, der Nächste jetzt."

„Ach so!" Und die Zornader über seiner Stirne schwillt. „Ach so — Prinzessin! Ich soll für deine Ansprüche aufkommen! Schau auch! Wir sind nicht so großartig, als ihr — hättest den reichen Schornsteinfeger nehmen sollen, der konnt dich besser die Prinzessin spielen lassen."

Der alte Bessing räuspert sich und sagt: „Ja, warum soll dein Vater euch nit helfen, wenn's so steht? ich kann's nit."

Aber diesmal hat die junge Frau für Niemanden eine Antwort, selbst für Bettchen nicht einmal einen Blick. Sie faßt nach ihrem Gesangbuch und geht langsam aus der Zimmerthür, die Treppe hinab, aus dem Hause und während aus der Kirche herüber der Gesang der Gemeinde schallt, schlägt sie den Heimweg ein, ganz blaß, ganz automatenhaft geht sie und vergißt es sogar, ihren Schirm zu öffnen.

* * *

In einem kleinen Hause, das ganz am Ende des Städtchens steht, zu ebener Erde, wohnt der Sattler Anton Bessing zur Miethe. Das große Schild prangt über den beiden niedrigen Fenstern des Zimmers, das Werkstatt, Laden und Wohnraum zu gleicher Zeit ist. Es kommt aber selten vor, daß er mit Hammer und Zange darin hantirt, denn er hat wenig zu thun, meistens nur Reparaturen. Was genäht werden muß, besorgt seine Frau auf der Maschine. Ihre Hände sind hart geworden vom Bemeistern des groben Stoffs und der Hausarbeit, die sie lange schon allein thut. Nicht alle die einfachen Möbel haben hier ihren Platz gefunden, sie haben davon den Schuldnern überlassen müssen. Fine beschränkt sich aber nicht allein auf das, was ihr das Geschäft des Mannes zu thun giebt; sie hat sich nach anderen Erwerbsquellen umgesehen und jetzt eine Parthie Säcke für eine Fabrik zu nähen übernommen.

Sie sitzt am Fenster, um das letzte graue Licht des schwindenden Herbsttages aufzufangen und auf dem Stapel schon fertiger Waare hockt das Hannchen, eine Puppe im Arm, die ein Bein verloren hat und schwatzt und singt nach Herzenslust.

„Schlaf, Anni, schlaf," und „Eia Popeija, was rasselt im Stroh!"

Fine sieht ab und an in das kleine rosige Gesicht der Dreijährigen.

„Wie hübsch mein Kindchen singen kann, wie hübsch!"

„Sing auch, Mütterche!"

„Ich? ja — gleich — die Maschine thut's für mich."

„Rasselt nur!" sagt Hannchen altklug, „singt nicht."

„Hör nur zu, horch nur: fleißig sein, das ist fein — das singt sie!"

Hannchen lacht. „Klingt aber nit schön!"

Fine Bessing sieht nicht mehr so jung und frisch aus, als damals, wie sie nach Altstein kam. Sie ist noch zart, aber das macht nun den Eindruck der Hagerkeit und Welke, jede Farbe ist aus ihrem Gesicht gewichen, um den Mund ziehen sich scharfe Furchen, die großen Augen haben ihren Glanz verloren und einen strengen Ausdruck bekommen. Nur die Haare haben ihre Fülle und Seidenweiche und den goldigen Schimmer behalten. Ihr Kattunkleid, jetzt schon dünn für die Temperatur, ist abgetragen und geflickt, sie hat ein Tuch darüber gebunden.

„Still, Anni, still! Väterche kommt heim!" droht das Kind seiner Puppe in altklugem Ton, und Fine, die eben ein paar Nähte unterschiebt, während sie die Maschine still stehen läßt, hört's. Das sind die Worte, welche sie Hannchen zu sagen pflegt, wenn ihr Mann kommt, und sie fürchtet, das Kind ist ihm im Wege mit seinem Geplapper, seiner kleinen Gestalt. Wenn er betrunken ist, fragt er so wenig nach der Kleinen, wie nach ihr. Dann ärgert ihn alles, dann lärmt und flucht er.

„Väterchen bleibt noch lange, er ist über Land", sagt Fine. „Weißt du, über das große Wasser und durch den Wald."

Hannchen nickt. „Aber wenn er heimkehrt, dann zankt er."

„Ja, das kann schon sein."

Fine thut einen tiefen Athemzug. Ruhiger ist es schon, wenn er nicht im Hause, leider. Und das Kind hat nicht darauf acht, wenn ihr bei der Arbeit einmal die Thränen kommen und die Gedanken nach Hause. Kann man nach vier Jahren wohl noch Heimweh haben? Da muß man sich doch eingewöhnt haben in der fremdesten Fremde! Die Frau beißt die Lippen zusammen — nur sie hier nicht. Und sie weiß, wenn sie ihr Kind nehmen und gehen könnte, nach

man nur den Lesern der „Leipziger Volkszeitung" vormachen könne, daß Döblin erklärt haben soll „was gethan werden könne, um die Ausständigen anderwärts unterzubringen, solle geschehen."

Herr Döblin, der aber in der betr. Versammlung selbst anwesend war, belehrte nachher seinen heißblütigen Kollegen, daß er, Döblin, die angezogene Unterhaltung mit Singer und Auer allerdings geführt habe.

Der Vermittelungsversuch des Fraktions-Vorstandes war also gescheitert und der Kampf wurde im Verbands-Organ „Correspondent" in einer Artikelserie: „Der Kampf in Leipzig" und in Versammlungen der Verbandssetzer in einer so schroffen Form fortgesetzt, wie es an Beispielen in der deutschen Arbeiterbewegung selbst aus der Zeit des Zwistes zwischen Lasselleaner und Eisenacher fehlt.

In einer dieser Versammlungen der Verbandsmitglieder wurde mit besonderem Nachdrucke die Losung zur Vernichtung der Parteiinstitutionen „Leipziger Volkszeitung" und ihrer Druckerei ausgegeben.

„Wir müssen dahin wirken", so heißt es in der Nummer 145 des Correspondent Berichts über die betr. Versammlung, in der Rede des Versammlungsleiters und Referenten Engelbrecht, „daß die „Leipziger Volkszeitung" in den weitesten Kreisen als kein arbeiterfreundliches, sondern als ein arbeiterfeindliches Blatt bekannt wird. Wir müssen uns aber nicht nur an die Abonnenten, sondern auch an die Inserenten wenden und ihnen begreiflich machen, daß in Folge unserer Bekämpfung die Auflage der „Leipziger Volkszeitung heruntergegangen und in Folge dessen kein so wirksames Insertionsorgan mehr ist als früher. Ferner sind unsere Kollegen auch in anderen Institutionen Mitglieder, wo jährlich eine große Anzahl Druckaufträge und Inserate (Ruf: Jawohl, Konsumvereine!) an die „Leipziger Volkszeitung" vergeben werden. Hier müssen wir unsere Stimmen laut erheben, daß derartige Arbeiten nicht in einer Druckerei hergestellt werden, die ausschließlich Arbeitswillige beschäftigt. Was außerdem noch zu geschehen hat, darüber sprechen wir nicht in diesem Kreise."

Was den letzteren Satz betrifft, so liegt darin der Hinweis auf die Absicht, ein Konkurrenzblatt gegen die „Volkszeitung" in's Leben zu rufen; ein Plan, der besonders von Vogenitz kultivirt wurde.

Ein anderer Redner, Eichler, wurde in dieser Hinsicht schon deutlicher, er meinte:

„Es müsse Alles aufgeboten werden, die renitente „Leipziger Volkszeitung" zu schädigen, auch dürfte erwogen werden, ob nicht Diejenigen, welche die „Leipziger Volkszeitung" abbestellt haben bezw. noch abbestellen, anderweitig geistig befriedigt werden können. Also alle erdenkbaren Mittel müßten gegen das „Arbeiterblatt" angewendet werden."

Herr Engelbrecht ergriff wiederholt das Wort, um die Geschäftsleitung zu verdächtigen und den Kredit des Geschäftes herabzusetzen:

„Die Herren in der „Leipziger Volkszeitung" haben wohl Ursache, einen Konflikt herauf zu beschwören, um die geschäftlichen Verhältnisse zu verschleiern, denn das Budget sowohl der Druckerei wie der Redaktion ist, wie mir von ganz zuverlässiger Seite mitgetheilt worden ist, bis zu einer ungeheuren Höhe angeschwollen. Die Genossen werden wieder auf die Buchdrucker gehetzt, damit in den Zeiten einer gewissen politischen Ruhe das faule Geschäftsgebahren der „Leipziger Volkszeitung" nicht zur Debatte gestellt wird. Der Kampf gegen die Buchdrucker ist ein Vorwand, um über die faulen Zustände hinweg zu täuschen. Es bedarf nur eines kräftigen Anstoßes, um das ganze morsche Gebäude der Arbeiterbewegung in Leipzig zum Zusammenstürzen zu bringen. (Allseitiger Beifall und Zustimmung.)"

Herr Rexhäuser, der Redakteur des „Correspondent", rechtfertigte aber den Treubruch Vogenitz's. Zu diesem Zwecke verwies er auf die oben abgedruckte Erklärung der „Leipziger Volkszeitung" in der Nr. 270 vom 22. November und führte dann aus:

„Diese Thatsache findet Vogenitz bei seiner Rückkunft aus Berlin vor und da sollte unsererseits am letzten Tage der Kündigung weiterhin eine Vermittelung nach all dem Vorausgegangenen versucht werden, das war zuviel verlangt, man hätte unseren Kollegen sonst den Vers aus Heine's neuem Wintermärchen in's Album schreiben müssen: „Es fehlt dem Deutschen zum Hunde nur ein richtiger Schwanz zum Wedeln."

Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die „unqualifizirten Maßnahmen der Geschäftsleitung der „Leipziger Volkszeitung" verurtheilt wurden. Weiter wurde eine eine Kommission von fünf Verbandsmitgliedern zur Organisirung des Kampfes gegen die Leipziger Parteiinstitutionen gewählt. Als eines dieser Komiteemitglieder wurde Vogenitz bestimmt.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Former bei F. und M. Heilbronner in München ist beendet. — Der Lackirerstreik in München wurde ergebnißlos beendet. — Der große Ausstand in Gijon (Spanien) ist durch Zugeständnisse von beiden Seiten beendet worden. — Das allerdings wenig zuverlässige Bureau Laffan meldet aus New-York, daß wieder ein großer Kohlenstreik in der Anthracit-Region drohe, da die Pennsylvania-Unionisten die Gruben zu ihren Forderungen zwingen wollen. Die Grubenbesitzer weigern sich, die Union anzuerkennen.

Der Kongreß der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, welcher Anfang April in Nürnberg zusammentritt, wird sich u. A. auch eingehend mit der Frage der Organisation der Straßenbahn-Angestellten zu beschäftigen haben. Die Versuche, die Straßenbahn-Angestellten anderer Orte zu einer Organisation zu bewegen, haben theilweise Erfolg gehabt.

Eine stark besuchte Arbeitslosenversammlung in Hannover beschloß, Deputationen an die Magistrate von Hannover und Linden zu senden, die die Ausführung von Nothstandsarbeiten erwirken sollen. — In Magdeburg wurde eine von 2000 Personen besuchte Arbeitslosenversammlung aufgelöst, weil der Einberufer die Bescheinigung über die Anmeldung der Versammlung nicht beibringen konnte.

Verhaftung eines Streikbrecher-Werbers. Dem „Vorwärts" wird von einem Glasarbeiter in Saarbrücken geschrieben: Bekanntlich befinden sich unsere deutschen Kollegen in London im Streik. In England findet man keine Streikbrecher; auch in Deutschland ist dies unmöglich. Nun erschien der berüchtigte Streikbrecher Stoffels in Saarbrücken unter dem Vorgeben, daß er junge Glasarbeiter nach Transvaal suche. Er ist jedoch entlarvt worden und mußte er eingestehen, daß er Glasmacher nach London suche. Er ist in Folge dessen wegen Betrugs und Vorspiegelung falscher Thatsachen verhaftet und in das Amtsgerichts-Gefängniß in Saarbrücken eingeliefert worden. — Nach der Meldung der bürgerlichen Blätter sollte bekanntlich Stoffels Soldaten für das englische Heer angeworben haben; wie man sieht, wollte er jedoch Streikbrecher fischen.

Det norske Arbeidersamfund, die Centralisation norwegischer Arbeitervereine, die bisher der radikal-liberalen Partei Heerfolge leistete, hat sich auf ihrem kürzlich stattgefundenen Kongreß von dieser Partei losgesagt. Es wurde eine scharfe Kritik an der bisherigen Leitung der Partei geübt, die nach und nach alle arbeiterfreundlichen Programmpunkte verleugnet und sich immer mehr der „Rechten" nähert. Man beschloß, eine eigne politische Partei zu bilden. Keine der lokalen Organisationen darf in Zukunft mehr einer andern Partei angehören. Die meisten Redner sprachen sich dahin aus, daß, falls man Anschluß an eine Partei suchen wolle, könne das nur die sozialdemokratische sein. Nach der Stimmung des Kongresses zu urtheilen, ist die Zeit nicht mehr fern, wo sich dieser große Verband mit der Sozialdemokratie verschmelzt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Aus Konitz wird gemeldet: Lehrer Weichel, der am Sonnabend Abend wegen Mißhandlung des Journalisten Zimmer in Polizeigewahrsam genommen worden war, ist alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Beim Abladen von Baumstämmen gerieth ein Arbeiter in Berlin zwischen zwei Stämme und wurde völlig zerquetscht. — Vor Schreck infolge Feuerlärms verstorben ist in Groß-Lichterfelde eine Dame, deren Gesundheit nicht im Mindesten angegriffen war. Im Hause Ringstraße Nr. 31 war Nachmittags gegen 1 Uhr ein Dachstuhlbrand ausgebrochen. Die Gattin eines sechs Häuser weiter wohnenden Kaufmanns eilte auf das Alarmsignal der freiwilligen Feuerwehr in's Freie und brach auf der Straße plötzlich zusammen. Mehrere schleunigst herbeigeholte Aerzte konnten nur mehr den infolge Gehirnschlages eingetretenen Tod konstatiren. — Ein schreckliches Geschick ist zwei Bergleuten auf der Zeche Preußen I bei Dortmund beschieden. Diese arbeiteten fleißig vor Ort, als plötzlich der größte Theil der Strecke zu Bruche ging und die Leute absperrte. Man versuchte erst, den Bruch aufzuwältigen, jedoch waren diese Bemühungen vergeblich. Nun ist man beschäftigt, durch die festen Kohlen einen Ueberhau fertigzubringen; das ist aber eine sehr schwere, zeitraubende Arbeit. Sie wird ununterbrochen Tag und Nacht betrieben. Ob man aber die Verunglückten noch lebend antreffen wird, ist sehr fraglich; Hunger und Durst, Mangel an guter Luft zehrt an ihnen, falls sie nicht gleich erschlagen wurden. — Der zum Karneval als Bauernmädchen verkleidete zweiundzwanzigjährige Sohn des Wirthes Graf in Freiburg (Baden) wurde von einem verheiratheten Mann nach kurzem Wortwechsel erstochen. — Das Rathhaus in Schmalkalden ist vollständig niedergebrannt. — Der Dampfer „Homer" sank, wie aus London gemeldet wird, bei Spurn nach einer Kollision mit der russischen Bark „Hoppet"; 18 Personen sind ertrunken. — Wie aus Kiew gemeldet wird, sind die südwestliche Bahn und die Fastow-Bahn bei den Stationen Kasatin, Winiza, Golendra und Birsula hoch verschneit; der Verkehr ist gestört. Fünftausend Mann arbeiten Tag und Nacht, um den Verkehr wiederherzustellen. Zu demselben Zwecke sind aus Kiew 600 Soldaten abgesandt worden. — In dem Dorf Velanidis bei Elassona (Griechenland) war ein Landmann Demetrios Tselingas von einer Räuberbande gefangen genommen worden; nach Erpressung eines Lösegeldes sollte er die Freiheit wieder erlangen. Der Gefangene aber wußte die Räuber zu überlisten und ohne Zahlung des geforderten Lösegeldes zu entweichen. Dies versetzte die Räuber in derartige Wuth, daß sie in das Dorf eindrangen, wo sie Frau und Kinder ihres entwichenen Gefangenen entsetzlich marterten und sie mit siedendem Oel begossen. Dann legten sie Feuer an das Haus des unglücklichen Tselingas und kehrten nach Verübung dieser Schandthaten ungehindert in ihre Berge zurück.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich vor der Strafkammer in Braunschweig der wegen gleichen Vergehens schon vorbestrafte Dienstknecht Borries Rosenthal aus Hannover zu verantworten. Er fuhr mit seinem Arbeitgeber, dem Mühlenbesitzer Schilling in Hellemühle bei Ritterode, im Oktober v. Js. von Naensee nach Greene. Hierbei entwickelte sich ein politisches Gespräch, in dessen Verlauf Rosenthal an Bismarck, sowie am Kaiser abfällige Kritik übte. Die hierbei gefallenen Bemerkungen müssen wohl vom Mühlenbesitzer Schilling denunzirt worden sein. Rosenthal bestritt sie, aber Schilling nahm sie auf seinen Eid. Das Gericht verurtheilte deshalb Rosenthal zu sieben Monaten Gefängniß.

Unwürdige Berichterstatter. Unser Parteigenosse Julius Bruhns in Breslau hatte sich an den dortigen Landgerichtspräsidenten Bartsch mit dem Gesuch gewandt, zwecks Berichterstattung für mehrere Zeitungen zu den dortigen Gerichtsverhandlungen zugelassen zu werden. Er hatte dabei darauf hingewiesen, daß er im Besitze mehrerer öffentlicher Ehrenämter sei und auch als Schöffe bei Gerichtsverhandlungen fungire, gegen seine Person also berechtigte Bedenken nicht bestehen dürften. Darauf erhielt nun Genosse Bruhns nach vierwöchentlichem Warten nachfolgenden Bescheid:

„Ihr Gesuch, zum Zwecke der Berichterstattung für die von Ihnen namhaft gemachten Blätter zu den öffentlichen Verhandlungen in Strafsachen vor dem hiesigen Landgericht und Amtsgericht zugelassen zu werden, lehne ich im Hinblick auf die zahlreichen über Sie wegen Beleidigung, Preßvergehens und Uebertretung des Vereinsgesetzes verhängten gerichtlichen Strafen hierdurch ab. Der Präsident des königl. Landgerichts Bartsch." — Man kann also aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Ehrenämter ausüben, man kann sogar als Laienrichter selbst Recht sprechen im Gerichtssaale, unbeschadet des Umstandes, daß man seiner politischen Thätigkeit wegen Geld- und Freiheitsstrafen davongetragen hat, aber unter keinen Umständen ist ein derartiger „Verbrecher" nach der Meinung des Breslauer Landgerichtspräsidenten würdig, nun auch im Gerichtssaale den Beruf eines Zeitungsberichterstatters auszuüben. Schätzt der Herr Präsident diesen ehrenwerthen Beruf so hoch, daß er dem Eindringen „bestrafter" Elemente in denselben wehren will? Oder sind ihm die Berichte aus der Feder solcher „bestrafter Personen" besonders unangenehm?

Monsieur Kykeriki. Man schreibt den „Bremer Nachrichten" unter Beigabe der Belege: Findigkeit der kaiserlich deutschen Post. Ein französischer Weinhändler und Besitzer eines Châteaus (Schlosses) in Bourg, (Gironde), sandte kürzlich zwei Weinofferten dem Pächter des „Hotels zur Post", Herrn Fritz Hane in Delmenhorst, unter folgender Adresse (siehe Kouvert und Karte):

Monsieur Fritz Kykeriki
Propt. du grand Hôtel de la Poste.
Delmenhorst
Allemagne (Oldenbourg)

Ob der französische Châteaubesitzer den Namen „Hane" vergessen oder in seinen Dialekt übersetzt hatte, kann Niemand sagen. Brief und Postkarte sind jedoch an die richtige Adresse gekommen.

Allstein würden sie nicht zurück denken — nie! Ja, so weit ist es mit ihr gekommen! Und doch ist sie dem Anton so vertrauensvoll gefolgt.

Wenn sie nach Hause schreibt, wo sie nur zum Theil wissen, daß es ihnen nicht sorglos geht, „Anfänger haben's schwer und müssen sich knapp einrichten", hat sie immer nur in ihren Briefen gesagt, muß sie sich hüten, daß die Thränenspuren nicht auf ihr Papier fallen. Und da erzählt sie denn von sich gar nichts, von dem Anton, daß er sich einer guten Gesundheit erfreut, aber viel, viel von dem Enkelchen. Was es schwatzt, wie es läuft und springt und daß es ein so kluges Kind ist und die Bilder der Großeltern genau kennt und daß es jeden Abend für sie betet.

Wenn sie denn mit dem Hannchen kommt, wird stets wieder gefragt, und dann muß sie sagen: „Wir sind schon einmal da, ehe ihr's euch versehet. Wir denken schon immer daran. Aber die weite Reise und allein bleibt der Anton nicht gern — der muß sich erst an den Gedanken gewöhnen — so langsam."

Ach, die Heimath! Keine Aussicht, sie so bald wieder zu sehen. Die Eltern! die Geschwister! Und sie malt sich aus, wie ein Heimkommen sein würde — und fühlt, daß sie dann gewiß nicht wieder wegmöchte. Nein, schon besser, gar nicht versuchen!

Sie beißt die Zähne aufeinander und setzt die Maschine rasher in Bewegung. Und dann kommt ihr die Schwester in Hildesheim in den Sinn und was sie ihr am Hochzeitstage gesagt. Wenn die wüßte, daß sie sich oft nicht satt ißt, um dem Hannchen die Milch und das Weißbrod nicht zu knapp zu geben! Die gerade! Sie brauchte ihr nur einmal zu schildern — nein, nein!

Lieber arbeitet sie sich die Finger wund und den Rücken krumm — das nicht, das nicht! Die haben ihren Stolz auf ihr Wohlergehen! Sie hat auch einen — daß die Leute nicht merken, wie gar zu dürftig es bei ihnen steht — und das andere: daß der Anton sich nichts mehr aus ihr macht. Sie weiß es längst. Er sucht auch draußen allerlei Zerstreuungen auf, ohne je daran zu denken, daß sie alleine zu Hause sitzt — die Kirchweihe, die Wirthshäuser, wo er mit lustigen Frauenzimmern scherzen kann. Und er ist gar nicht wählerisch. Die erste ist ihm die beste. Ein paar Nachbarsfrauen tragen es ihr zu. Nicht, daß sie stünde und fragte und forschte. Es sind ganz kleine Leute, die ihr Wesen und ihr Interesse nicht kennen. Sie haben auch wohl Mitleid mit ihr.

„So sind die Männer! Grad so sind alle — die Flaschen und die Weibsbilder! Und zu Haus da geben sie nix her!"

„Nein, da nehmen sie noch", denkt Fine und hat ihre Spargroschen im Sinn, den schmächtigen Verdienst, dem sie sogar Nachtstunden opfert.

Ihre Maschine rasselt. Nur zu, nur zu — was soll sie lange an das Elend denken. Es ist einmal do und die Hoffnung, daß es besser werden kann, die ist ihr schon längst geschwunden.

Hannchen hat der Puppe erzählt, daß sie morgen mit ihr zum Doktor will, der soll das Beinchen heil machen, und dann vergißt sie das Wehweh wieder, über das sie ihr Kindlein hat kläglich weinen lassen und tanzt Ringelreihen mit ihm:

„Ich ritt einmal aus Braunschweig aus,
Der Schnee lag auf dem Dache —
Juhu, juhu, — juvallera —"

Da torkelt sie ein wenig über die eigenen Beinchen und rollt in demselben Augenblicke, als die Thür aufgestoßen wird, ihrem Vater vor die Füße.

„Donnerwetter! Ist das auch 'ne Art?" ruft der. „Man hat hier ja nicht mal Platz, wohin zu treten."

Hannchen erhält einen gelinden Stoß, Fine sieht erschreckt von der Arbeit auf. Sie hat ihn nicht kommen hören.

„Schon zurück?"

„Siehst mich doch leibhaftig da."

„Ja, das ist freilich wahr — aber ich habe auch eigentlich fragen wollen: Hast du was ausgerichtet?"

„Neugierig, wie jedes Frauenzimmer."

„Ich sollte denken, es geht mich an. Bekomme ich den neuen Auftrag?"

Anton nickt. Er sieht ungepflegter als sonst aus, hat aber noch eine Art, sich etwas Forsches im Anzug und in der Haltung zu geben, ist noch ein schöner, stattlicher Mann, auch vom Darben ist nichts an ihm zu spüren.

„Sollst 'ne neue Lieferung haben. Bist morgen ja wohl fertig — sie kommen den Krempel zu holen."

„Wenn ich ein paar Nachtstunden näh", — sie überblickt den Stoff zu ihrer Rechten prüfend — „dann ja." Und ein langer Seufzer hinterher.

„Zum besten haben darfst du die Leute nicht, ich hab's auch zugesagt", spricht er mit einem herrischen Ton.

„Dann muß es wohl sein."

Er tritt an den Tisch, faßt in die Tasche und wirft einige Markstücke auf die Holzplatte, die nicht wie früher eine Decke trägt.

„Da schicken sie auch schon das Geld."

Fine wirft ihre Arbeit hin und schlüpft hinüber und zählt hastig, während er pfeift und mit einem Ansatz an den andern klopft, weil seine Schuh schmutzig geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.